

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben belchäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24
 Jernisprecher: Amt 9, Nr. 6185
 Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
 Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
 Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
 2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3161

Willkommen in Mainz!

Zum vierten Verbandstage.

Den Delegierten, die aus allen deutschen Gauen dem goldenen Mainz zustreben, um in erster gemeinsamer Arbeit für unseres Verbandes ferneres Wohl und Gelingen zu raten und zu taten, sei zuvor unser herzlichster Willkommenruf geweiht. Im Geiste werden alle unsere Mitglieder mit in Mainz sein und dem Verlaufe des Verbandstages gespannt folgen. Der vierte Verbandstag wird sicher einer der bedeutendsten in unserer Verbands-geschichte sein und bleiben. Es gilt die große, in unserer Bewegung bestehende Gärung abzuklären. Die Geister werden frohlockend aneinander platen. Anschauungen werden sich einander ringen und Beschlüsse von fundamentaler Bedeutung sind zu fassen. Rechenhaft wird verlangt und gelehrt werden und an Kritik wird es nicht fehlen. Als Gäste werden Vertreter der ausländischen Gemeinde-Verenigunge ercheinen, sowie auch Vertreter solcher Gewerkschaften, mit denen wir Anseinerderlegungen in der Gegenwart haben. Der vierte Verbandstag hat weit umfassendere und größere Aufgaben zu lösen, als einer seiner Vorgänger. Die Situation ist vor allen Dingen durch das rasche Anwachsen der Mitgliedschaft in den letzten Jahren eine andere geworden.

Der erste Verbandstag (1896) rechnete mit 400 Mitgliedern; der zweite (1900) mit rund 4000; der dritte (1903) mit rund 8000, und jetzt verzeichnen wir 22.500!

Der Verband wird jetzt von unseren Mitgliedern so wohl als auch von den kommunalen Behörden mit anderen Dingen angesehen als früher, wo er nur ein schwächliches Pflänzchen war, das sorgsam gehütet werden mußte. Die Mitglieder verlangen eine energische, festere Interessenvertretung und viele Kommunalverwaltungen geraten immer mehr unter scharfmacherische Einflüsse. Die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze haben sich infolge unserer Gesetzgebung bedeutend verschärft, so daß auch das Personal der kleinen Gemeinden davon nicht mehr unberührt bleibt. Das alles brachte schon in den letzten Monaten schwierige Situationen; Situationen, die wir noch im Jahre 1903 nicht entfernt ahabt haben. Es ist auch die höchste Zeit, daß unsere oberste Instanz zusammentritt, um nach dem Willen zu sehen. Der Verband wird mit ihm seine Aufgaben und so gewaltig gewachsen, daß alles unzulänglich erscheint. Verbandsstatut und Verbandsprogramm müssen überholt werden. Verwaltungsgesetz, Organisationsfragen und Junanzfragen drängen förmlich nach einer Lösung.

Überall im Verbandsgebiet, in Nord und Süd, in Ost und West ist ein äußerst reges Leben erwacht. Selbständige Meinungen sind überall herangereift und manche Kraft ist in der Stille gediehen. Fürwahr, es ist eine Freude, jetzt unsere Reihen zu sehen, unser Verband ist eine Gewerkschaft von festem Schrot und Korn. Daran können gewisse Besonderheiten nichts ändern, die wir zu beachten gezwungen sind.

Wie mag mancher unserer Mitkämpfer noch lächeln bei der Erinnerung an jene gelehrte Sentenz, die sich vor zwei Jahren in den „Dokumenten des Sozialismus“ fand, nach welcher unser Verband keine richtige Gewerkschaft sein sollte, ähnlich so, wie eine Krankengeldzuschußkasse auch keine richtige Krankenkasse ist. Nach allen Seiten sieht unser Verband den Kampf, und am wichtigsten gegen den gemeinsamen Feind: die Streberseuche. Hier haben wir, wie auch die Verbände der Eisenbahner und Bureauarbeiter, ein Bollwerk vor uns stehen, das man in anderen Gewerkschaften nicht entfernt kennt. Doch auch dieses wird überfliegen.

Noch ein anderes Hindernis kommt in Frage. Vor zwei Jahren hat man sich in „maßgebenden Kreisen“ ernsthaft mit dem Gedanken getragen, ob unser Verband nicht einfach zu verbieten ist. Und daß dieser wahrwichtige Gedanke noch in den Hirnen mancher Reaktionäre und Kommunalbureaukraten gespenstisch aufzuckt, zeigen die Ansührungen des Stadtrates Rodig in Chemnitz, die dieser im Stadtverordnetenkollegium ganz neuerdings zum besten gab: „Die Angestellten der Stadt,“ so führte er aus, „kommen zusammen, um für ihre Organisation zu arbeiten; sie tun das aber, meiner Ansicht nach, in einer Art und Weise, wie ich sie den Leuten nicht empfehlen möchte, denn wenn ich Ihnen sage, daß die städtischen Arbeiter nicht allein die Gasanstaltsarbeiter, aber die dominieren doch, weil sie die meisten sind — Versammlungen abhalten zum Zweck ihrer Organisation und darin den früheren Portier von Gasanstalt II, den ich wegen Widerstandes und wegen Aufreizung entlassen mußte, als zweiten Vorsitzenden wählen, so ist das eine Art der Organisation der städtischen Arbeiter, die nicht recht am Platze ist. Wenn das derartig so fortgeht, könnte vielleicht einmal in Erwägung gezogen werden, zu empfehlen, daß, gewerkschaften wie im Staatsbetriebe in Preußen, eine derartige Organisation der Leute überhaupt verboten würde, denn das halte ich durchaus für nicht anständig, daß bei

Beisprechung von Fragen, welche die städtischen Arbeiter betreffen, ein derartiger Mann, der kein städtischer Arbeiter mehr ist, sondern entlassen worden ist, als zweiter Vorsitzender in einer derartigen Versammlung fungiert."

Nun, an der Eisenbahnerbewegung haben sich schon drei preussische Minister die Zähne ausgebissen, sächsische und andere auch, und wenn die kommenden Männer das Koalitionsrecht auch nicht anerkennen, wird's ihnen ebenso ergehen. Daraus sollen die Männer an der Spitze der Kommunalverwaltungen eine Lehre ziehen. Was aber geplant wird, läßt indessen der im verflochtenen Herbst vom Bundesrat angenommene Entwurf „betreffend die gewerblichen Berufsvereine“ erkennen, der „regelt“ die Bedingungen, unter denen diesen Vereinen die Korporationsrechte verliehen werden können. Die Korporationsrechte sollen nach einer damaligen Mitteilung des „Tag“ entzogen werden können: wegen Beteiligung an Ausständen, die öffentliche Wohlfahrtseinrichtungen, wie die Versorgung der Gemeinden mit Kohle, Wasser und Licht zu gefährden geeignet sind. Das wären Manteln, so schrieben damals bürgerliche Zeitungen, die jeder staatspolitisch Denkende nur für durchaus vernünftig halten kann. Die deutschen Gemeindearbeiter werden indessen ihr Koalitionsrecht zu verteidigen wissen und den letzten wehrfähigen Mann dafür ins Feld stellen! Nach allen Richtungen haben wir den Kampf zu führen. Selbst gegen „Rom“. Troßdem Religion in unserem Verbandsprivatsache ist, und zeltliche Eiferer dieser oder jener Richtung kaum in unseren Reihen Gehör finden, müssen wir Stellung nehmen gegen die schwarzen Söldlinge, die „Rom“, um seine sinkende Macht zu stützen, jetzt auch auf den sozialen Kriegsschauplatz schickt... Die deutschen Gemeindearbeiter hat man von dort aus besonders ins Auge gefaßt...

Der Verbandstag wird unsere Mitglieder auch verpflichten zu der aktiven Anteilnahme an der Kommunalpolitik. Der Miß des Berliner Kommunalfreimiums vom 10. Mai d. Js., die sozialpolitische Rückständigkeit der Stadtparlamente zu Hamburg und Bremen, die offene Verhöhnung des Koalitionsrechtes in Halberstadt, die verächtliche Schändung der Arbeiterrechte in Leipzig, die gewalttätige Maßregelung der Feuerungsdeputation in Breslau und schließlich die kommunal spezialistischen Stücklein und Welsentaten in Krähwinkel, Schöppenstedt und Schilda, alles zwingt gebieterisch zu einer neuen Frontstellung. Das Gros der deutschen Gemeindearbeiter muß kräftig aus seinem Dasein und aus der Knechtseligkeit aufgerüttelt werden. Die Gemeindearbeiter müssen bei den Kommunalwahlen die Koalitionsgarden bilden. Ihnen seien deshalb auch die Worte Lassalles zugerufen: Es ziemen Euch nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsin der Unbedeutenden...

Der Verbandstag hat also dafür Sorge zu tragen, daß, soweit unser Verband dazu beitragen kann, durch fortgesetzte Organisations- und Verbearbeitung die großen Ideale der Arbeiterbewegung verwirklicht werden. Zu diesem Zweck müssen die Bezirke (Gau) Sekretariate ausgebaut und vermehrt werden, unserer Bewegung sind neue Kräfte zu sichern, das Verbandsorgan ist zu vergrößern, der ganze Verband ist wehrfähiger zu machen. Der Verbandstag soll und muß dafür sorgen, daß die Lohnbewegungen in den größten Städten des Reiches den toten Punkt verlassen können, auf dem sie sich gegenwärtig befinden; dazu sind große Mittel erforderlich. Die muß der Verbandstag beschaffen. Die Beitragsfrage ist der Angelpunkt. Von ihrer Lösung hängt es ab, ob wir an immerer Kraft gewinnen und nach außen stark werden, oder ob der Verband zermürbt und morsch wird. Eine

große Organisation mit kleinem, unzulänglichem Beitrag gleicht einem Klotz auf tönernen Füßen und bricht bei erster bester Gelegenheit zusammen. Unser Verband hat nachgerade lange genug ausprobiert, daß mit einer leeren Kriegskasse die Löhne nicht zu erhöhen sind und die Arbeitszeit nicht verkürzt werden kann. Was wird aus allen unseren anderen sozialpolitischen Forderungen? Sollen wir uns als organisierte Arbeiter noch einen Moment länger behandeln lassen à la Breslau, Halberstadt, Leipzig? Sollen wir uns noch länger auslachen lassen wegen unserer winziger Beiträge? Nein!

Auch das Unterstützungswesen muß ausgebaut werden. Die Behauptung aller jener Kollegen, die da sagen, wir brauchen diese vorgeschlagenen Unterstützungen nicht, muß nach bewiesen werden. Warum diskutieren denn gerade die großen Verbände der Gemeindebeamten zurzeit die Einführung einer guten Krankenunterstützung? Hier lest diese Notiz:

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens (e. V.) — Mitgliederbestand über 17 000 — hatte seinerzeit den Antrag gestellt, das Geschäftsgebiet der Krankenunterstützungsstelle für die Gemeindebeamten der Rheinprovinz auf den preussischen Staat auszudehnen, um auch den übrigen Mitgliedern des Zentralverbandes den Beitritt zu ermöglichen. Der betreffende Beschluß der Hauptversammlung hat nunmehr die Genehmigung der Behörde gefunden. Hiermit ist eine lange angestrebte neue und bedeutende Wohlfahrts-einrichtung für den Verband geschaffen. Möge sie in ihrer Bedeutung von den Beteiligten erkannt und durch zahlreichen Beitritt unterstützt werden. Der Sitz der Kasse ist in Coblenz, wo der Vorsitzende, Stadtschreiber Junken, Anmeldungen entgegennimmt."

So, dann lest diese Notiz:

Krankenunterstützungsstelle für sächsische Staatsbeamte. Das Projekt des Landesvereins für Wohlfahrts-einrichtungen zum Besten sächsischer Staatsbeamten, eine Krankenunterstützungsstelle für die sächsischen Staatsbeamten ins Leben zu rufen, umarmt nach und nach greifbare Gestalt an. Die Spezialidee ist bereits ausgearbeitet, und grundlegend für den Gedanken war die gleiche legendenreich wirkende Einrichtung der Gemeindebeamten und Lehrer. Am 26. Mai d. J. soll in einer Sitzung mit dem Vertrauensauschüsse eine Vorlage wegen Gründung der Kasse eingebracht werden. Die Kasse wird den Namen erhalten „Krankenunterstützungsverein sächsischer Staatsbeamten", mit dem Sitz in Dresden und wird ein Verein auf Gegenseitigkeit sein im Sinne der §§ 15 und 16 des Reichsgesetzes über private Versicherungsunternehmungen. Eintreten können alle männlichen und weiblichen Beamten des sächsischen Staates und die Ehefrauen der Mitglieder. Gewährt wird die jagungsgegenwärtige Krankenunterstützung, eine bare Unterstützung in besonderen Fällen, Krankenbehandlung und Operationskosten; Personen im Alter von über 50 Jahren können nur innerhalb des ersten Vereinsjahres Aufnahme finden."

Ähnliche Nachrichten liegen auch von dem sächsischen Gemeindebeamtenverbände vor.

Wenn also für die Beamtenvereinigungen solche Unterstützungen zweckmäßig sind, wo doch deren Mitglieder sich in ganz anderen und sicheren Positionen befinden als die Gemeindearbeiter, dann soll die Sache für uns nicht gut sein?

Der Verbandstag wird die Frage der Erwerbslosenunterstützung lösen müssen, wenn er nicht eine seiner allerwichtigsten Aufgaben ungelöst lassen will. Eine Aufschiebung auf spätere Jahre würde unheilvolle Folgen zeitigen.

Die Frage der Taktik, welche der Verbandstag behandeln muß, um die Meinungen in unseren eigenen Reihen zu klären, ist in der Hauptsache auch eine Geldfrage.

Die Grenzfrage wird nun endlich von der für uns berufensten Instanz behandelt werden. Die Aussprache unserer Vertreter und der Vertreter der anderen beteiligten Verbände wird — wir hoffen das Beste — zu einer Klarheit führen. Alle Beteiligten werden und können allerdings nicht gleich befriedigt sein. Die schon mehrfach ausgesprochene Drohung, wegen der Grenzfrage unseren Verband aus dem Kreis der freien Gewerkschaften auszustoßen, wird den Gleichmut des Verbandstages nicht erschüttern; sie wird kaum die Diskussion beeinflussen.

Es wird darauf ankommen, die Entwicklungstendenzen der Kommunalbetriebe zu fixieren und zu prüfen, auf welche Weise den Gemeindefacharbeitern am besten gedient ist. Erwähnen wir nun noch die Spezialkonferenzen des Kranken- und Altershauspersonals sowie der Gasarbeiter, so sehen wir, daß die Mainzer Tagung ein bedeutsamer Markstein für unsere Bewegung sein wird, auch ein Wendepunkt. Wir stehen vor folgenschweren Entscheidungen. Unsere Delegierten sind alle durchdrungen von der Notwendigkeit und Möglichkeit unserer Organisation. Sie wissen sich auf alle Fälle eins mit der gewaltigen Heermacht der organisierten Arbeiter der Welt. Der Geist der Solidarität hat auch bei den deutschen Gemeindefacharbeitern seine Pflegsstätte gefunden.

In diesem Sinne ziehen unsere Delegierten gen Mainz.

Zwar Bürgermeister und Magistrat erwarten sie nicht am Tor,
Noch zieht im kapitalistischen Staat
Man andere Begrüßung vor.

Doch das wird sie nicht entmutigen. Es gilt Großes zu schaffen und so wirkt unser Mainzer Verbandstag mit an der Förderung des gigantischen Kulturwerks der Arbeiterorganisationen. Aufwärts führt die Bahn der Arbeitswelt und im Gedanken an den Altmeister möchten wir auch bezüglich der rastlosen Gewerkschaftstätigkeit sagen:

Die Sonne tönt nach alter Weise
In Prunderphären Weltgefang,
Und ihre vorgeliebte Reize
Vollendet sie mit Donnergang.

H. B.

Geschäftsbericht der Filiale Groß-Berlin.

I. Quartal 1906.

Die unerbittliche Werbestraft unserer Filiale, welche im Frühjahr 1905 einsetzte, hat auch im neuen Jahre glänzende Resultate erringt. Es wurden 913 männliche und 34 weibliche Aufnahmen im I. Quartal 1906 gemacht, gewiß ein Erfolg, der uns mit Freude und Stolz erfüllen konnte, wenn — ja wenn die Austritte nicht so bedauerlich hoch waren. 713 männliche und 45 weibliche Mitglieder bilden im vorliegenden Quartal aus, eine Aktuation, wie sie kaum in einer anderen Organisation zu finden ist. Dabei handelt es sich um Kollegen, welche teils ihre Arbeitsstätte wechselten und nicht mehr in jenen den Betrieb lang und geräuschlos aber um so wirksamer, als ein Vierteljahr im Aufstande mit den Kollegen waren. Wir wollen auch nicht verhehlen, daß von den 947 Austrittenden, die uns am Schluß des I. Quartals verließen, gegen 1000 bereits wieder auf dem Ansehensberock stehen, weil wir mit ihren Beiträgen mehr oder minder im Aufstande sind. Dieser Zustand ist als ein unheilbarer zu bezeichnen, so kann es einfach nicht weiter gehen! Deshalb war es hohe Zeit, daß der Vorstandtag beauftragte, damit durch die hoffentlich glückliche Aufnahme gelangenden 10 Pfennigbeiträge endlich auch solche Einrichtungen getroffen werden, die uns ein Festhalten der Neugewonnenen in höherer Weise als bisher gewährleisten. Sobald einmal durch die Erwerblosenunterstützung die Rechte der Mitglieder anerkannt sind, werden die Austritte aus nichtigen Gründen, insbesondere infolge zu großen Rekrutens, über seltener werden. Das kann nicht nur für die Filiale Groß-Berlin, sondern auch für alle übrigen Filialen Deutschlands zu. Etwas anders liegt es mit den vielen Unregelmäßigkeiten, wie sie in der Kassenerführung einzelner Sektionen seit Jahr und Tag vorkommen sind. Da ist zunächst die Einzahlungsaufträge. Laut Beschluß des Filialverbandes wurde fernerhin festgelegt, bei gleichzeitiger Erhöhung der Einzahlungssumme von 1 1/2 auf 2 Pf., für Sektionskassierer von 1 auf 1 1/2 Pf. pro Quartal und Monat nur nach den bezahlten Beiträgen zu verfahren. Ferner wird jedoch nicht immer verfahren, was zu unangenehmen Auseinandersetzungen mit dem Kassierereiner führen muß. Ebenso haben die Monatsverluste ganz bedauerliche Dimensionen angenommen. Endlich ist auch die Führung der Mitgliedslisten und die damit verbunden regelmäßige Eins- und Abmeldung von Mitgliedern nicht überall streng durchgeführt. Eine diesbezügliche Anweisung an den Filialvorstand, sowie in der „erweiterten Verwaltung“ hat ungenügend ergeben, daß in nächster Zeit die Anstellung eines Kassierers notwendig wird, welcher die Beiträge aus der Wohnung des Kassierereiner holt und gleichzeitig die Materialien an die Sektionen ausgibt. Die Filiale Berlin wird also aus Grund der bisherigen Erfahrungen eine Änderung im Kassierereiner vornehmen müssen, die nämlich einschneidender Natur ist. Die Frage drängt vor allen Dingen auch deshalb zur Entscheidung, weil die gewaltige

Steigerung der Sektionsausgaben — im verflossenen Quartal 1015,60 M. — zirka 1000 M. pro Jahr — den jeherzeitigen Voranschlag um das Doppelte übersteigen. Bald nach dem Verbandstag wird also hier eine Neuerung eintreten müssen. Sind einmal die Sektionskassierer in bezug auf die Verbandssunktionen ausgeschaltet, so dürfte auch das Sektionsklassen-Nutzen, wie es in Berlin leider noch immer besteht, eine Wandlung erfahren. Es ist also zu hoffen, daß der gesunde Sinn der Berliner Mitgliedschaft sich über die ängstlichen Bedenken einzelner hinwegsetzt und daß mehr und mehr der Schwerpunkt in die Generalversammlungen unserer Filiale gelegt wird.

Eine notwendige Neuerung, die merkwürdigerweise gleichfalls auf Widerstand stieß, ist die seit 1. Februar eingeführte Rotstandsunterstützung. Heute, also nach drei Monaten, dürfte es keinen einzigen Gegner derselben mehr geben, sind doch mittlerweile von fast allen Sektionen diesbezügliche Unterstützungsanträge eingelaufen und seitens des Filialvorstandes größtenteils bewilligt worden. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die Löhne der städtischen Arbeiter durchaus unzureichende sind, so sind gerade die uns bekannt gewordenen Anträge für die Rotstandsunterstützung ein unanfechtbares Material, das wir bei Gelegenheit, natürlich ohne Namensnennung, den Herren Stadtverordneten zum besten geben können. Oder darf in der Familie des städtischen Arbeiters nie Krankheit und Tod seinen Einzug halten? Anerkennend sei noch registriert, daß die Kollegen von der Gasanstalt Tegel mit 77 M., vom Wasserwerk Tegel mit 50 M. den Unterstützungsfonds kräftigten. Wir empfehlen dies im Interesse der guten Sache allen Sektionen zur Nachahmung!

Das neue Jahr setzte mit einer wenig erfreulichen Wafferegelungsfrage, namentlich bei den Englischen Gasanstalten und den Kranken- und Altersanstalten ein, so daß in den ersten drei Monaten seitens des Hauptvorstandes über 1000 M. hierfür ausgezahlt werden mußten. Wir wollen hoffen, daß der Eifer in diesen Sektionen trotzdem nicht erlahmt, namentlich die Salappe durch gleichzeitigen enormen Rückgang in der Mitgliedszahl dieser beiden Sektionen offensichtlich geworden ist. Wir haben eben in unseren Reihen noch so manden jaghaften Mitläufer, dem das Herz in die Seiten fällt, wenn er auch einmal seinen Mann stehen soll.

Die Bewahlen der Funktionäre und Vertrauensleute fanden reglementsmäßig zum Teil im Dezember 1905 statt. Eine stattliche Reihe neuer Kräfte wurden für die Verarbeitung im einzelnen gewonnen. Trotzdem muß der Vertrauenskörper noch weit mehr ausgebaut werden. Durch Herausgabe einer Legitimation nebst Negation für die Vertrauensleute glaubt der Filialvorstand einen weiteren Schritt nach vorwärts getan zu haben. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß ohne Disziplin, Achtung und Vertrauen die Funktionäre wenig Erfolge und wenig Freude an ihrem Wirken haben werden. Daher sollte jedes Mitglied die Arbeit und Mühe der Vertrauensmänner nach Kräften unterstützen und sich nicht im Übermaß über, wie es hier und da noch immer zu beobachten ist.

Wir drücken auf den zur Verfügung stehenden Raum können wir nur die wichtigsten Verhandlungen und Ergebnisse hier streifen, die ausführliche Berichterstattung ist außerdem bereits in der letzten Generalversammlung erledigt. Am 14. Januar fand eine fast vollständig bewählte Protestversammlung der Manalifationsarbeiter statt, in welcher Kollege Schabel treffend nachwies, wie der jetzige Arbeiterausschuß infolge seiner getrennten Verhandlungen mit 12 einzelnen Inspektoren zur Umhüllung verdammt ist, wie man auf der anderen Seite die gemeinsam eingereichte Eingabe mit Strafe bedroht. Der anwesende Stadtverordnete Koblentz versprach, die diesbezüglichen Wünsche und Beschwerden der Deputation vorzulegen, was inzwischen auch mit Erfolg unter heftigen Auseinandersetzungen geschehen ist. Am 17. Januar kamen die schwer um ihre Erziehung ringenden Steindepotarbeiter zusammen und erzielten infolge ihres einheitlichen Vorgehens auch einige Verbesserungen. Am 18. Januar tagte die „erweiterte Verwaltung“, welche Stellung zu der seitens der sozialdemokratischen Fraktion einzureichenden allgemeinen Arbeitsordnung nahm. Ebenso wurde über den Veranlassungsalender, die Arbeitsweise der „Gewerkschaft“, Rotstandsunterstützung und anderes mehr beraten. Besonders sei hier die Mahnung wiederholt, gemäß den Abmachungen mit der Partei an sämtlichen Dienstag sowie am 2. Mittwoch im Monat keine Versammlungen einzuberufen. Endlich möge die Bibliothek harter als bisher in Anspruch genommen werden, damit die Durchbildung unserer Mitglieder nicht im argen bleibt. Bibliothekzeit ist wochentags 11-1, Mittwochs abends 6-8 Uhr. Am 22. Januar trat der Kollege E. Wühl als 2. Sekretär der Filiale sein Amt an. In seinen Händen ruht hauptsächlich die Aktion in den Sektionen. Die Arbeit wird um so mehr zum Wohle des Verbandes sein, je mehr die Kollegen Vertrauen in ihren Schwältern haben. Darum muß jeder Kollege mit uns Stellung nehmen gegen den Justifizierungsmißbrauch, aber auch gegen die Disziplinlosigkeiten in unseren eigenen Reihen. Am 21. Januar wurden die Kollegen Nieba, Pörsch, Kottmann, P. Schulz, Weh, Wöhrstahl und Ellert in den Filialrat und gewählt, zuvor wurde die Berichterstattung über das Jahr 1905 unter besonderer Berücksichtigung des I. Quartals eingesehen. Die Aktion setzte energisch bei den Desinfektoren ein, wobei ein

Petition eingereicht und, obwohl in der Zwischenzeit nahezu 15 Monate verfloßen, muß man doch der Stadtverwaltung das Zeugnis aussprechen, daß sie in Anbetracht des umfangreichen Materials, das zu bearbeiten war, ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet hat, zudem da gleichzeitig auch eine „Abänderung über die Verhältnisse des gesamten Volksschulwesens“ sowie eine „Abänderung der Dienst- und Gehaltsordnung für die städtischen Beamten“ mit erledigt wurde.

Auch darf nicht außer Acht gelassen werden, daß in der Person des Herrn Oberbürgermeister Dr. Winterer, ein Mann mit weitem Blick und sozialem Verständnis, an der Spitze des Freiburger Gemeindevorstandes steht, der auch der nunmehr erledigten Vorlage seinen Stempel aufgedrückt hat. Der größte Teil der von uns gestellten Abänderungsanträge wurde genehmigt, wie aus nachstehendem hervorgeht.

Zunächst war beantragt, daß der Fassung der Arbeitsordnung, daß nach zehnjähriger Dienstzeit zur Entlassung eines städtischen Arbeiters die Genehmigung des Stadtrates notwendig sei, dahin abgeändert würde, daß bereits nach fünfjähriger Dienstzeit diese Genehmigung erforderlich sei. Der Antrag ist genehmigt. Des Weiteren wurde die Altersgrenze zur ständigen Anstellung von 35 auf 40 Jahre hinaufgerückt. Beantragt waren 45 Jahre. Auf den Antrag auf präzisere Fassung des bisherigen § 4, betreffend die Bestimmungen des Dienstvertrags wurde stattgegeben, um jede willkürliche Auslegung zu beseitigen. Gleichfalls ist vertragsgemäß fünfjährig der Zeitpunkt des Dienstbeginns, bezw. der auf die folgende Beginn des nächsten Kalenderjahres maßgebend für die aus den Sitzungen sich ergebenden Vergünstigungen, anstatt wie bisher die oft willkürlich in den Vertrag eingelegte Zeit.

Auf die Forderung der Mitglieder des beantragten und genehmigten Arbeitersausschusses ist ziemlich gewährleistet durch Festsetzung einer eventuellen Kündigungsfrist für dieselben von drei Monaten.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch, daß künftighin der Stadtarbeiter nach zehnjähriger Dienstzeit Anspruch auf Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung erlangt.

Bedenklich ist zwar, daß sich die Stadtverwaltung nicht zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages entschließen konnte, und den vierzehnstündigen Arbeitstag beibehalten hat. Auch der beantragte Dreischichtwechsel für die Schichtarbeiter fand keine Berücksichtigung. Doch läßt sich darüber später noch reden. Die Zulagen für besonders schwierige Arbeiten werden jetzt 30 Proz. Zulage bezahlt. Verlangt waren 50 Proz.

Für Arbeiten an entlegenen Arbeitsstellen, wobei der Arbeiter genötigt ist, sein Mittagessen auswärts einzunehmen, wird eine tägliche Zulage von 1 M., und für die Eisenarbeiter des Gaswerks, in der Zeit vom 15. Mai bis 15. September falls das Thermometer über 25 Grad Celsius im Schatten zeigt, eine Zulage von 20 Pf. pro Schicht bezahlt. Als Sonntagsarbeit wurde bisher nur Tagesarbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen bezahlt. Künftig gilt auch die Nacharbeit als solche, speziell bezüglich der Schichtarbeiter.

Da Freiburg eine vorwiegend katholische Stadt ist, so hat man mit 19 in die Woche fallenden Feiertagen zu rechnen, an denen die Arbeit ruht. Dazu kommen noch Maters- und Großherzogs Geburtstag, an denen ebenfalls nicht gearbeitet werden darf, so daß insgesamt 21 Feiertage in Betracht kommen. Von diesen wurden bisher acht Feiertage zur Hälfte bezahlt. Künftig sollen nun die sämtlichen Feiertage halb bezahlt werden und diejenigen Arbeiter, welche an diesen Tagen zu arbeiten haben, bekommen 117fachen Tagelohn.

Den Antrag, daß nach einjähriger Dienstzeit der erkrankte städtische Arbeiter die Differenz zwischen Kranken- und Arbeitslohn auf die Dauer von drei Monaten ausbezahlt erhalten soll, wurde vollständig genehmigt. Außerdem sollen Stadtarbeiter mit mehr als fünf Dienstjahren die Differenz bis zu sechs Monaten bezw. 180 Tagen ausbezahlt erhalten.

Bisher erhielt nur der Arbeiter, welcher fünf Jahre zur Zufriedenheit gedient hatte, die Differenz bis zu vier Fünfteln seines Lohnes auf die Dauer von 26 Wochen und bei Erkrankungen bis einschließlich drei Tagen überhaupt nichts bezahlt. Die ominösen Worte: „welcher über fünf Jahre zur Zufriedenheit gedient hat“ sind in der Arbeitsordnung, in welcher sie verschiedentlich enthalten waren, nunmehr auch gestrichen.

Die Familienunterstützung bei Friedensübungen, welche bisher auch erst nach fünfjähriger Dienstzeit gewährt wurde, erhält jetzt zutreffendfalls jeder städtische Arbeiter.

Erholungsurlaub war bis jetzt den städtischen Arbeitern Freiburger auch unbekannt. Nunmehr wird nach fünfjähriger Dienstzeit vier Tage und nach zehnjähriger Dienstzeit eine Woche Urlaub gewährt.

Für sonstige notwendige Arbeitsunterbrechungen wird bis zu einem Tag der Lohn gleichfalls gezahlt.

Verlangt war ein Urlaub von acht Tagen alljährlich nach dreijähriger Dienstzeit.

Bei eintretender Invalidität gewährte bisher die Stadtgemeinde nach zehnjähriger Dienstzeit und unridigegletem 35. Lebensjahr einen Mutuelohn von 40% des zuletzt bezogenen Jahresarbeitslohnes, mit jedem weiteren Arbeitsjahr steigend um 1%, bis zu 70%. Von dieser Rente kommen Alters-, Invaliden oder Unfallrente vollständig in Abzug.

Künftig soll nun von dem Mutuelohn eine eventuelle Unfallrente nur insoweit in Abzug kommen, als sonst das Einkommen des Arbeiters seinen letzten Jahresarbeitsverdienst übersteigen würde.

Neu ist auch die Bestimmung, daß dem Arbeiter, gemäß des demselben nun eingeräumten Anspruchs auf Mutuelohn, dieser nur zusteht, soweit dieser entsprechend der Bestimmung des § 48 Ziffer 2 Zw. Verf.-Ges. bedingt ist. Übersteigt der Mutuelohn und die Invalidenrente zusammen den entsprechend dieser Bestimmung festgesetzten Betrag in Höhe des 71fachen Grundbetrages der Invalidenrente, so wird der Unterschied als jederzeit widerrufliche Unterstützung gewährt, die zugunsten des Arbeiter-Unterstützungsfonds verfällt, wenn die Landesversicherungsanstalt unter Verufung auf § 48 des Zw. Verf.-Ges. eine Minderung ihrer Leistungen eintreten läßt.

Hier ist der Stadtrat noch etwas über die Wünsche der Arbeiter hinausgegangen.

Die Hinterbliebenenversorgungs-Bestimmungen bleiben unverändert.

Für die Witwe wurde bis jetzt schon nach zehnjähriger Dienstzeit des verstorbenen Mannes 30% des zuletzt bezogenen Jahresverdienstes desselben als Witwenrente gewährt. Halbwaisen erhalten zwei Zehntel und Ganzwaisen drei Zehntel der Witwenrente bis zum vollendeten 16. Lebensjahre.

Für die dienstfälligeren Arbeiter wurde auch gemäß dem gestellten Antrag die Bestimmung, daß die vor dem 1. Januar 1900 angebrachte Arbeitszeit zur Hälfte angerechnet würde, dahin abgeändert, daß nunmehr diese Dienstzeit voll zur Anrechnung kommt.

Der beantragte Arbeitersausschuss wird gleichfalls eingerichtet.

Derselbe setzt sich aus 12 Vertretern der Gesamtheit der städtischen Arbeiter zusammen, welche von 4 Wählergruppen nach den Grundzügen der Verhältniswahl auf die Dauer von 3 Jahren gewählt werden, und zwar für die Arbeiter des Hoch- und Tiefbauamts sowie des Stadttheaters 4 Vertreter, für die Gas- und Wasserwerke 3 Vertreter, für das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn 3 Vertreter und für Friedhof-, Abfuhr- und Schlachthausverwaltung sowie der Stadtmüllerei 2 Vertreter. Für jeden Vertreter ist noch ein Ersatzmann zu wählen. Der Ausschuss wählt seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter aus seiner Mitte. Die Sitzungen des Ausschusses finden während der Arbeitszeit statt. Wahlberechtigt ist jeder volljährige Stadtarbeiter und wählbar jeder Stadtarbeiter nach vollendetem 25. Lebens- und zweitem Dienstjahre.

Wenn auch hier nicht alle Wünsche der Arbeiter berücksichtigt sind, so ist dies doch zum größten Teil geschähen. Die Hauptsache ist, daß der Stadtrat den vernünftigen Standpunkt einnahm, daß mit einem in die einzelnen Betriebe sich eingliederenden Arbeitersausschuss leichter zu arbeiten sei, als mit jeder ganzen Serie von Ausschüssen, wie es leider noch in so manchen Städten, wenn man sich endlich zur Errichtung von Arbeitersausschüssen entschließt, noch anzutreffen ist und welche, wie u. a. Kürnberg als abschreckendes Beispiel dienen können. Nicht als Vertretung der Arbeiterkraft können solche Ausschüsse betrachtet werden, sondern als Weigewicht hängen sie ihr an den Hüften.

Die Löhne sind durchweg um 25 Pf. pro Tag erhöht, wie nachstehende Uebersicht zeigt:

	Bisheriger Lohn M.	Gefordert war M.	Genehmigt ist M.
I. Klasse	4,00—4,90	4,20—5,20	4,25—5,30
II. "	3,75—4,40	4,00—5,00	4,00—5,00
III. "	3,50—4,10	3,80—4,80	3,75—4,65
IV. "	3,25—3,80	3,50—4,50	3,50—4,30
V. "	3,00—3,50	3,20—4,00	3,25—4,00
VI. "	2,75—3,25	3,00—3,80	3,00—3,75
VII. "	2,50—3,00	2,80—3,50	2,75—3,50

Bezüglich der Lohnsteigerungen war verlangt, daß sich in alle Lohnklassen der Lohn nach einjähriger Dienstzeit um 20 Pf. und von da ab alljährlich um 10 Pf. bis zum Höchstlohn steigern solle. Bisher waren fünf Lohnstufen eingeführt, nach zwar 1. Jahr (Grundlohn), vom 2. 4., 5., 8., 9.—12. und über dem 12. Dienstjahre, künftighin sind nun 8 Lohnstufen eingerichtet, und zwar für das 1. Dienstjahr 2. und 3., 4. und 5., 6. und 7., 8. und 9., 10. und 11., 12. und 13., und über dem 13. Dienstjahre. Lohnklasse I und II erreicht nach dem 13. Dienstjahre, Lohnklasse III und IV bereits nach dem 11. und Lohnklasse V, VI und VII nach dem 9. Dienstjahre den Höchstlohn.

Der gesamte Mehraufwand für die in Betracht kommenden 500 Arbeiter ist zu 56 700 M. veranschlagt.

Alles in allem bedeutet das Erreichte einen kräftigen Aufschwung nach vornwärts, und es ist zu hoffen, daß die Freiburger Kollegen die Liebe daraus ziehen, daß es ohne die Tätigkeit der Organisation in absehbarer Zeit nicht möglich gewesen wäre, auf die nunmehr erlangene Position zu kommen, und daß sie deshalb alles daransetzen, die Organisation weiter auszubauen, damit das bis jetzt noch nicht

Erreichbare in Nähe nachgeholt werden kann. Die bis jetzt noch im sogenannten „christlichen Lager“ befindlichen Kollegen werden auch nunmehr einsehen, wo ihre wirkliche Interessenvertretung zu finden ist und werden denjenigen den Rücken lehnen, die sie bis jetzt einlullen und am Gängelbunde führten, denn wie bereits oben ausgeführt, haben die „Führer der Christlichen“ in Freiburg sich erst dann erinnert, daß für die Gemeindearbeiter auch etwas zu tun sei, nachdem die diesbezügliche Petition von uns fertiggestellt und bereits als Morselfuhrabzug von der Truderei vorlag.

Deshalb, Kollegen Freiburgs, hinein in den Verband der Gemeindearbeiter Deutschlands! Mit vereinten Kräften wollen wir einer besseren Zukunft entgegenstreben. **Karl Altvater.**

Verbandsmitglieder zweiter Klasse?

Dieses Thema dürfte nicht nur in unserem Verbands allein erörtert werden, sondern es ist in manchem Verbands aktuell. Es betrifft nämlich die besoldeten Verbandsfunktionäre. Sehr viele Gewerkschaftsbeamte, oder überhaupt Genossen, die sich irgendwo in der Arbeiterbewegung herausragend der Sache widmen, also einen besoldeten Posten annehmen, haben schon die unangenehme Erfahrung machen müssen, daß ihre Kollegen und Genossen ihnen nicht mehr dieselbe Achtung und Vertrauenswürdigkeit entgegenbrachten wie früher, als sie noch unbesoldete Funktionäre waren. Früher oder später, bei irgend einer passenden oder unpassenden Gelegenheit bricht das Vertrauen einmal hervor. In einer Sitzung oder in einer Versammlung wird dann dem Mitarbeiter ins Anlied geschleudert, daß er nichts anderes als eine Hausnotbesorger sei (zur Abwechslung heißt es auch, er sei Autorität oder Diktator, je nachdem wie's gerade trifft) und nicht wert sei, als Kollege behandelt zu werden. Das sind noch die angenehmeren Fälle. Für gewöhnlich wird aber von irgend einer Seite in Abwesenheit des besoldeten Funktionärs ein Tadel, eine abfällige oder zweideutige Bemerkung gemacht. Ein Kollege ist mit irgend einer Maßnahme oder einem Vorschlage des betreffenden Funktionärs nicht zufrieden. Eine Maßnahme, die nämlich in der Regel durch die zuständige Versammlung oder sonst eine Körperschaft zum Beschluß erhoben worden ist. Dann geht's los. Ja der, seit der den Posten hat, denkt er gar nicht mehr mit uns. Der freut sich nur, daß er die fetten Pfunde hat. In Hamburg hat man dafür z. B. sehr sinnig selgendes „geflügelte Wort“ geprägt: *„Se trefft sich bi uns een warmen Noed an. Ich weiß nicht, ob noch mehr solcher geflügelter Worte bestehen, aber es ist eine alte Erfahrung, daß im Danksagungsbuch des Vertrauens gefaßt ist, hinterm Rücken des Funktionärs beständig genahrt wird und schließlich üppig in die Salme schießt. Daraus entwickeln sich dann die schlimmsten Situationen. Wie oft kommt es sogar vor, daß man die eigenen besoldeten Vertrauensleute, manchmal auch unbesoldete, sogar als „Verräter brandmarkt“.*

Doch hierüber soll nicht eingehend geredet werden, da es ohnehin nur sehr wenige besoldete Funktionäre in der Bewegung gibt, die diese Schwächen ihres Amtes nicht kennen gelernt haben oder eine immer glückliche Hand führen und denen es daher gelingt, mit „allen“ Mitgliedern auf verhältnismäßig gutem Fuße zu stehen. Hier wird viel von dem guten Zalt des Funktionärs, dem Humor und seiner geistigen Hebelbarkeit abhängig sein. Ist jemand mit Energie und Geduld dazu reichlich ausgestattet, dann wird's schon gehen. Aber es haben sich noch andere Merkmale nach und nach herausgebildet, die auf eine tatsächliche Degradierung des besoldeten Verbandsfunktionärs hinführen. Die „Holzarbeiterzeitung“ bringt in ihrer Nr. 19 unter dem Titel: *„Die Vertrauensfrage im Holzarbeiterverband“*, die Sache, um die es sich handelt, zur Sprache. Jeder Kollege wird in der Lage sein, sofern er sich dafür interessiert, im Verkehrslokal oder im Gewerkschaftslokal der Holzarbeiter den Artikel nachlesen zu können. Da sind nämlich zum Verbandsstage des Holzarbeiterverbandes zahlreiche Anträge eingelaufen, die die besoldeten Verbandskollegen von der Wahl als Delegierte ausschließen oder mindestens einschränken wollen. Ein Antrag will, daß nur solche Verbandskollegen, die noch praktisch im Verste tanzen sind, wählbar sind. Ein anderer Antrag besagt sogar, daß ein Verbandskollege, der bei einer Strafenklasse, Genossenschaft oder dergleichen tang ist, nicht als Delegierter zum Verbandsstag zugelassen werden darf.

Die „Holzarbeiterzeitung“ sagt hierzu: *„Alle diese Anträge sind von einem starken Mißtrauen gegen die Verbandsbeamten nicht nur, sondern gegen die Arbeiterbeamten überhaupt diktiert, gegen jene Kollegen, die doch wegen ihrer Loyalität zu besoldeten Führern des Verbandes ernannt sind. Bei der unartigen Ausdehnung, die der Verband in den letzten Jahren erfahren hat, ist das Verhältnis nach angesehenen Beamten immer größer geworden. Erst in der letzten Zeit mußten noch mehrfach Zahlstellen zur Anstellung von Beamten schreiben, weil die Erledigung der Verbandsarbeiten unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr machbar ist. Der letzte Verbandsstag hat auch die Notwendigkeit der Vermehrung der Beamten anerkannt, er hat den Verbandsvorstand ausdrücklich ermächtigt, nach genauer Prüfung der Sachlage auf Anträge einzelner Zahlstellen Zuschüsse zur Anstellung von Beamten zu gewähren.“* Das ist, wie gesagt, in letzter

Zeit in einer ganzen Reihe von Orten geschehen, und es dürfte sich bei der ungeahnten Entwicklung unseres Verbandes in der Zukunft ein vermehrtes Bedürfnis auf Anstellung von Beamten ergeben. Angesichts dieser Entwicklung ist es zumindest nicht klug gehandelt, und es entspricht nicht der Würde und dem Ansehen unserer Organisation, nun entsprechend den oben zitierten Anträgen die Mitgliederrechte der Beamten zu beschneiden, jene Kollegen dafür, daß sie den schweren Dienst der Organisation auf sich nahmen, durch Entzug des passiven Wahlrechtes zu bestrafen.

Es war bisher üblich, und das wohlverstandene Interesse der Organisation machte das erforderlich, nur die tüchtigsten und besten Kollegen auf die Beamtenposten zu berufen. Gewöhnlich wurden nur jene Kollegen zu Beamten gewählt, die jahrelang sich im Dienste der Organisation, die sich bei Korbübungen, in der Kassaarbeit, im Verwaltungswesen hervorzugetan und sich durch ihren Charakter zur Leitung des Verbandes am Orte oder im Gau hervorragend befähigt gezeigt hatten. Daß diese Kollegen sich allgemach ihrer Aufgabe gewachsen zeigten, daß sie sich auch des Vertrauens der Gesamtmitgliedschaft erfreuten, zeigt ihre jedesjährige Wiederwahl beim Ablauf ihrer Dienstzeit. Der Verbandsstag würde anwesend ein solches einen schweren Fehler begehen, wollte er diesen Vertrauenstüchtern die Mitglieder zum Trotz die Beamten zu Mitgliedern minderen Grades stempeln.

Auch bei uns habe ich von sonst ganz verständigen Kollegen schon zu meinem großen Erstaunen gehört, daß besoldete Verbandsfunktionäre auf dem Verbandsstage ziemlich überflüssig seien. Ich habe dagegen auf dem Standpunkt, daß besoldete Verbandsfunktionäre, soweit dies der Gedankengang der Fikale oder des Gaus erlaubt, auf dem Verbandsstage anwesend sein sollen, schon deshalb, um ihre Erfahrungen, die sie im Dienste des Verbandes gesammelt haben, bei den Beratungen um die Zukunft unserer Bewegung nutzbar zu machen. Und soweit das Vergangene oder Gegenwärtige in Betracht kommt, also die Verdrüßigung und besonders die Art, die nun notwendigerweise überall da wo Fortschritt und Entwicklung sein soll, nicht fehlen darf, würde ein Verbandsstag ohne die hauptsächlichsten Beamten aus den Gauen oder Bezirken und Filialen unvollständig sein. Die nun zu unserem Verbandsstage abgelaufenen Wahlen zeigen, daß auch bei uns drei Gausleiter kein Mandat erhalten haben. Soweit wie ich sehe, hat bei uns nun keineswegs die im Holzarbeiterverbande stellenweise herrschende und so schädliche Beamtenhege dieses Resultat zeitigt. In unserem Verbands her, soweit ich informiert bin, im allgemeinen ein erträgliches Verhältnis zwischen den besoldeten Funktionären und den Mitgliedern. Die drei nichtdelegierten Beamten dürften indessen, wenn nichts anderes vorher beschlossen wird, vom Verbandsstage selbst berufen werden. Um für die Kollegen irgend welchen Differenzen und Zurücksetzungen vorzubeugen, will § 40b der Statutenvorlage, daß auch Bezirksleiter ohne besonderes Mandat Sitz und Stimme in sachlichen Angelegenheiten haben. Der Paragraph würde vollkommen sein, wenn der Verbandsstag hinzuzufügen würde, sofern sie sich um kein Mandat beworben oder keines erhalten haben. Sofern von einer Filiale besoldete Beamte in Frage kommen, bliebe es natürlich Sache der Filiale, ihren ersten Vertrauensmann oder ihre ersten Vertrauensleute zu delegieren. Sie von der Delegation ostentativ auszuschließen, wäre einem Mißtrauensvotum in jährlicher Form gleichzusetzen. Ohne Grund soll man überhaupt niemanden kritisieren und gelegentliche Differenzen sollen im Interesse der Sache schnellstens wieder beigelegt werden. Der an verantwortlicher Stelle stehende Gewerkschaftsbeamte hat ohnehin einen schwierigen Standpunkt und wenn er nicht von vornherein einen sehr großen Fonds von Idealismus und Eingabe für die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder neben allen anderen erforderlichen Eigenidantien mitbringt, so wird er ohnehin nicht viel Freude an seiner Arbeit erleben. Ich will damit sagen, daß jeder Verbandsbeamte, der seine frühere Tätigkeit verlassend, sich ganz in den Dienst des Verbandes stellt, sicher mit all diesen Umständen rechnen und durchdrungen ist von jenem heiligen Geist, der über große Schwierigkeiten hinweghilft. Deshalb sollte man, wie die „Holzarbeiterzeitung“ ganz richtig schreibt, alles in den Gewerkschaften nicht das Ansehen und die Würde der Organisation verlegen, indem man die Mitgliederrechte der Beamten beschneidet.

Polizei, Unternehmertum und Verwaltung im Kampfe gegen unsere Organisation. *)

Die Zahlstelle Dortmund unseres Verbandes ist eine der letztgegründeten und doch hat sie schon eine reiche Geschichte. Als die ersten schlossen sich die Gasanstaltsarbeiter uns an. Die Gasanstalt befindet sich noch im Besitz einer Privatgesellschaft, der Dortmund-Artiengeellschaft für Gasbeleuchtung. Die Verwaltung hatte von vornherein ein lebhaftes Interesse an unserem Verbands, das sich darin äußerte, als man sich um die Veramfassung bestimmte, die Arbeiter einzeln ausfragte, Forderungen ablehnte, obgleich solche gar nicht gestellt waren usw. Demnach

*) Richte mehrere Male zurückgestellt werden.

hatte es den Anschein, als ob die Verwaltung den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht beschneiden wollte. Doch wir sollten uns gründlich getäuscht haben. In der Maiwoche wurde Anall und Fass, ohne daß etwas vorausgegangen wäre, der Vertrauensmann unter Auszahlung der vierzehntägigen Mündigungszeit — so eilig hatte man es entlassen. Derselbe war drei Jahre im Betrieb tätig. Zwei Tage später folgte ihm unter gleichen Umständen ein weiterer Kollege, der sechzehn Jahre der Gesellschaft half, die Zettel füllten. Er war von seinem 25. bis 41. Lebensjahre im Betrieb, hat mithin den Gasaktionären seine besten Jahre, seine ertragreichste Arbeitskraft geopfert. Ein Ahaljuden, eine nichtsagende Weisheitsbezeugung, das war alles, was man ihm mit auf den Weg gab. Bezirksleiter Schäfer wußte mit der Direktion zu verhandeln. Da kam er aber schon an. Direktor Meyer schlug jede Unterhandlung brüsk aus.

Doch die Sache sollte noch besser kommen. Da die Maßregelung der beiden Kollegen anscheinend nicht den gewünschten Erfolg hatte, sagte man die Sache rüfflich auf und erließ folgenden Mias:

An unsere Arbeiter!

Es ist zu unserer Erkenntnis gekommen, daß fremde Verbandsagenten unsere Arbeiter zu überreden versuchen, Forderungen für sie bei der unterzeichneten Direktion durchzusetzen, im Falle deren Nichtbewilligung zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen und dadurch das ein halbes Jahrhundert lang bestehende gute Einvernehmen zwischen Direktion und Arbeitern zu zerstören.

Wir richten daher das dringende Ersuchen an unsere Arbeiter, den Verlockungen fremder Agitatoren nicht zu folgen, sondern in allen Fällen, wie es bisher stets geschehen ist, vertrauensvoll unmittelbar oder durch einzelne Arbeitskameraden sich an die Direktion zu wenden. Vereinzigte Wünsche sind stets erfüllt worden.

Wir geben unseren Arbeitern zu bedenken, welche namenloses Unglück und Elend sie durch eine Arbeitsniederlegung für sich, ihre Frauen und Kinder heraufbeschwören werden, und warnen sie vor unbedachten Schritten, damit nicht die Reue zu spät kommt.

Die Verbandsagenten haben noch niemals, wie die Erfahrung gelehrt, einem Arbeiter Hilfe gebracht, der durch Aufreizung mit Frau und Kind in Not und Elend geraten ist.

**Dortmunder Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung,
T. v. a. g. Meyer.**

Man weiß nicht, was man bei diesem Mias mehr anstaunen soll, die Annahmung des Unternehmers, der, allen Gegeben zum Hohn, seinen Arbeitern das Koalitionsrecht nimmt, oder die Treisigkeit, mit der man Behauptungen aufstellt, die aber auch jeder Grundfrage entbehren. Die organisierten Arbeiter als auch der „fremde Verbandsagent“ dachten noch an keine Forderungen, geschweige an einen Streit. Selten ist die Wahrheit so mißhandelt worden, als in diesem Mias. Das ganze Vorgehen der Direktion richtet sich übrigens von selbst. Jeder weitere Kommentar würde die Wirkung der Tatsachen nur abschwächen.

Die Straßenbahn ging am 1. April er. in den Besitz der Stadt über. Sämtliche Angestellten wurden zu den alten Bedingungen mit übernommen. In Frage kommen über 300 Angestellte. Sie glaubten wohl alle, daß mit der Verstaatlichung des Unternehmens auch eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreffe. Das gerade Gegenteil war aber der Fall. Anstatt eine Erleichterung zu sehen, sahen sie sich mit dem Verlust der Gehälter konfrontiert, wozu bei der Monatsauszahlung fünf Tage weniger zur Auszahlung gelangten. Der Monatslohn beträgt für Schaffner und Fahrer anfangs 90 M., der sich nach Verlauf von einem halben Jahr auf 95 M. erhöht. Nach Verlauf eines Jahres erhalten sie 100 M., müssen sich damit aber volle fünf Jahre begnügen, ehe sie wieder an eine Lohnerhöhung denken können. Nach dieser Zeit erhalten sie 105 M.; der Höchstlohn beträgt 110 M. Durch die diversen Abzüge sinkt munter der Lohn auf 83,50 M. Der neue Herr Inspektor Vianfo, der aus Schlesien kam, führte zum Ueberflus noch eine militärische Disziplin, die dem Trill auf dem Energieplatz nicht nachsteht. Als einige Leute um etwa 5 Minuten zu spät kamen, mußte am anderen Morgen das ganze Personal gleich eine Viertel Stunde früher antreten. Daß ob dieser „netten“ Zustände die Leute sehr unzufrieden sind, liegt auf der Hand. Um der Sache einmal auf den Grund zu gehen, berief unser Verband auf den 22. April eine Betriebsbesprechung ein. Lange vor Beginn derselben fanden sich zwei Geheimpolizisten ein. Kollege Schäfer wußte, der etwas später kam, mußte den Raum erst von diesen säubern, bei welcher Verhaftung er den Hausfriedensbruchparagrafen zu Hilfe nehmen mußte. Aber es ging. Die Polizisten zogen sich zurück, um sich im vorderen Lokale aufzuhalten. Die Straßenbahnler erschienen denn auch und der Saal füllte sich. Kollege Schäfer besprach nun eingehend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Fahrer. Als er geendet hatte und in die Diskussion eingetreten war, in welcher sich ein gewisser Ferrano als Anwalt der Verwaltung aufwarf, erschien ein Kriminalkommissar. Derselbe verlangte die Annahme der Bescheinigung der „Versammlung“. Es wurde ihm bedeutet, daß die „Versammlung“ eine „Besprechung“ sei, die bekanntlich nicht anmeldepflichtig ist. Trotzdem Kollege Schäfer ausdrücklich darauf hinwies, daß eine polizeiliche Ueberwachung gegen das Gesetz verstößt, blieb

der Kommissar im Saale. Da man das, was man besprechen wollte, bereits erledigt war, schloß Schäfer darauf unter lebhaftem Beifall kurzerhand die Besprechung — und der Herr Kommissar mußte mit langer Nase abziehen. Vor dem Lokale hatte der Herr Inspektor mit seinem Stabe Aufstellung genommen. Soweit geht dessen Fürsorge für „seiner“ Untergebenen, daß er sie sogar zu nächtlicher Stunde überwachen läßt — und selbst überwacht. Da sage noch einer, dieser Herr hätte für die Arbeiter nichts übrig.

Am 26. April fand nun abermals eine Versammlung statt, die polizeilich angemeldet war. Außer der Ueberwachung waren wieder die Geheimpolizisten — und die Christlichen und Girkh-Tunlerchen erschienen. Was Polizei und Verwaltung begonnen hatte, vollendeten Letztere vollends. Anstatt zu helfen, benutzten sie die Versammlung, um einen Teil in die Bewegung hineinzutreiben. Um 12 Uhr nachts mußte der Feierabendstunde halber die Versammlung abgebrochen werden. Wer nicht gehen wollte, wurde durch das Ausdrehen der Gasleuchten zum Gehen gezwungen. Und sie gingen alle, die Polizisten und Geheimpolizisten, die Christlichen und Girkh-Tunlerchen, die Straßenbahnler und die Vertreter unseres Verbandes.

Ob um diese Zeit noch die aufgestellten Posten an den Ecken der Straßen standen, um die Versammlungsbesucher zu kontrollieren, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Die schwarzen Hamster wählen überall. *)

Die schwarzen Strategen mit dem Epitheton „christlich-national“ glauben allen Ernstes, daß nun, angesichts unserer Grenzstreitigkeiten, ihre Zeit gekommen sei. Mit einer Ausdauer, die einer ansichts-volleren Sache würdig wäre, werfen sie sich auf die Organisierung der deutschen Gemeindearbeiter und hoffen, auf diesem Felde viel Vorbeeren zu ernten. So berufen sie in Breslau, Görlitz, Königsberg, Danzig und anderen Orten des Reichs unentwegt Versammlungen der städtischen Arbeiter ein, dabei erfreuen sie sich beizudankenswerten des Wohlwollens der städtischen Verwaltungen.

Aus Görlitz wird berichtet, daß in einer Versammlung, zu welcher städtische Arbeiter eingeladen waren, ein christlicher Arbeiterssekretär aus Breslau ankam, der einen „Ausschuß“ einziehen wollte, in welchem auch „Vertreter der besseren Stände“ sitzen.

Der Ausschuß soll für die Arbeiter Vorteile zu erzielen suchen und sie dadurch dem christlich-nationalen Leben zuwenden. Daß mit solch einem Ausschuß irgend etwas erreicht werden kann, ist natürlich eine traffe Utopie, und man muß staunen, daß Leute, die solchen Utopien huldigen, von den angeblich unerreichbaren sozialdemokratischen Zielen sprechen und die taufendfältig durch die Praxis widerlegte Behauptung wagen, daß mit dem radikalsten Programm der freien Gewerkschaften nichts zu erreichen sei. Daß solchen Redensarten des Arbeiterssekretärs Maßpläne, Postoren und Oberlehrer zustimmten, versteht sich am Munde. Schon weiß die Angehörigen der „besseren“ Stände diesem christlich-nationalen Programm zustimmen, kann jedem Arbeiter sein Massensinstinkt sagen, daß er links abzuschweifen hat, wenn diese Herren ihre Fährten formieren. Immer waren die Herren der „besseren“ Stände wenigstens so sehr von christlichem Gefühl durchdrungen, daß sie es bedauerten, wenn langjährige Arbeiter aus geringfügiger oder gar nichtiger Ursache entlassen und wenn Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr eingestellt würden. Eine solche Oberlehrerrede muß natürlich auch bei den Spitzen der Stadt Görlitz veranlassen. Denn die Stadt Görlitz stellt ja selbst, nach dem Muster der großkapitalistischen Großindustrie, Leute über 40 Jahre nicht ein. In die Diskussion griff in jener Versammlung auch ein Verbandskollege von uns ein und wies die Angriffe auf die freien Gewerkschaften zurück. Dabei wurde auch bekannt, daß ein 65-jähriger Arbeiter, der neun Jahre als Vorarbeiter in einem städtischen Betriebe beschäftigt war, auf seinem Vorarbeiterposten abgelöst wurde mit der Begründung, daß er zu gut und nicht energisch genug sei. Das bedeutet für den alten Mann natürlich nicht nur Missetat zu schwerer Arbeit, sondern auch Schwächung im Verdienst. Soweit die Versammlung. — Am nächsten Morgen waren die Vorgänge in jener Versammlung schon amtlich bis hin zum Dezernenten bekannt! Ein christlich-nationaler „Kollege“ hatte für Vorbereitung der Versammlungsvergange gesorgt, und unser Kollege, welcher geglaubt hatte, in einer christlich-nationalen Versammlung die Wahrheit sagen zu dürfen, mußte schon früh 10 Uhr vor dem Dezernenten sich einem Verhör unterziehen. — Ein christlicher Verbandsbücher äußerte in bezug auf unseren Kollegen: „Wenn wir nur den herausheben werden, dann hebt der Verband.“ So ist „christliche“ Vandalenliebe! Daß unser Verband „irrit“, das ist natürlich auch so ein utopischer Gedanke des christlichen Verbandsbüchers. Die christlichen Wähler danken doch wissen, daß in den letzten vier Jahrzehnten schon so mancher Arbeiter von einem christlichen Unternehmer auf das Klüfter geworfen wurde, ohne daß deshalb die freien Gewerkschaften ausgestorben sind. Ganz im Gegenteil. Aus Entlassungen, die von den aufgestellten Arbeitern als unbedeutend angesehen wurden, haben die freien Gewerkschaften noch immer Agitationsstoff

*) Mehrfach zurückgefallen.

ste sich
suhnt
leben.
dendell,
er Tre-
e Mit-
ir, daß
durch

esse der
besten
wurden
Dienst-
ation,
nachte
trauend
über
ne der
den Wahl
an res
en Ber-
ten zu

en idon
sands-
en. Ach
sunktio-
sines
dehalsb,
sammet
ng mih-
ritioe in
ers die
itt und
bandtag
Berufen
en Ver-
nis drei
sche, hat
lenweise
gezeitigt.
im all-
en Kun-
veanten
ird, vom
it irgend
§ 40b
Mandat
er Para-
ngstügen
erhalten
kommen,
ensmann
der Tele-
postum in
überhaupt
im Vater-
an ver-
bin einen
in einen
öderung
er nebert
ward er
ill damit
stet ver-
er nur all-
t bestien
alb sollte
t, überall
den Er-
veanten
P. P.

Kampfe

eine der
ichte. Als
Die Gas-
der Vert-
lung hatte
ande, das
kimmerte,
nte, ob-
Denmach

Einnahmen und Ausgaben der filialen respektive (1. Januar 1906 bis

Laufende Nummer	Filiale	Bei der Hauptliste eingegangen am	Einnahme																				
			Bestand bei der letzten Abrechnung		Eintrittsgelder für männliche Mitglieder		Eintrittsgelder für weibliche Mitglieder		Wochenbeiträge für männliche Mitglieder		Wochenbeiträge für weibliche Mitglieder		Wochenbeiträge für verehelichte Mitglieder		Telegraphen-Steuern	Extra-Steuern der Filialen	Sonstige Einnahmen	Summe der Einnahme					
			gr.	pf.	gr.	pf.	gr.	pf.	gr.	pf.	gr.	pf.	gr.	pf.					gr.	pf.	gr.	pf.	
1	Bamberg	3. 4. 06	70	79	6	—	—	—	258	20	—	—	—	—	10	40	—	—	345	39			
2	Baut. Wilhelmshafen	9. 5. 06	6	23	—	—	—	—	17	80	—	—	—	—	90	—	—	—	76	68			
3	Barmen	14. 4. 06	108	25	8	50	—	—	259	40	—	—	—	7	70	61	85	98	73	547	43		
4	Berlin	24. 4. 06	8906	17	408	50	8	—	10845	80	226	95	20	10	417	10	2722	65	96	64	23650	91	
5	Bielefeld	17. 4. 06	551	93	36	—	—	—	1808	80	—	—	—	3	80	65	30	452	20	—	—	2018	13
6	Brandenburg	17. 4. 06	82	66	19	50	—	—	171	60	—	—	—	6	70	—	—	—	—	—	—	280	16
7	Bremen	23. 4. 06	49	42	7	—	—	—	153	20	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	215	12
8	Breslau	11. 4. 06	641	46	17	50	—	—	1025	—	—	—	—	50	80	395	45	9	40	—	—	2148	61
9	Breslau	17. 4. 06	1283	74	41	50	—	—	1818	20	—	—	—	70	—	1341	70	—	—	—	—	4555	24
10	Breslau	12. 5. 06	4	36	—	—	—	—	161	40	—	—	—	5	10	—	—	—	—	—	—	185	—
11	Chemnitz	6. 4. 06	234	28	11	—	—	—	339	80	—	—	2	80	14	40	80	35	74	37	763	—	
12	Chemnitz	5. 4. 06	24	11	2	50	—	—	180	—	—	—	—	4	60	—	—	—	—	—	—	211	21
13	Chemnitz	17. 4. 06	110	18	89	—	—	—	788	40	—	—	—	30	30	249	—	—	—	—	—	1295	38
14	Chemnitz	17. 4. 06	8976	42	94	—	7	50	2550	80	61	95	2	80	108	4020	55	258	71	—	—	16080	73
15	Chemnitz	23. 4. 06	35	17	30	50	—	—	251	20	—	—	—	6	10	64	55	—	—	—	—	376	52
16	Chemnitz	26. 4. 06	29	46	14	—	—	—	182	—	—	—	—	6	60	—	—	—	—	—	—	232	06
17	Chemnitz	23. 4. 06	231	44	5	50	—	—	211	40	—	—	—	7	30	62	85	—	—	—	—	508	49
18	Chemnitz	12. 4. 06	95	26	—	50	—	—	98	20	—	—	—	2	80	—	—	—	—	—	—	196	76
19	Chemnitz	14. 5. 06	1	38	—	50	—	—	69	80	—	—	—	2	20	—	—	—	—	—	—	64	88
20	Chemnitz	18. 4. 06	721	95	31	—	—	—	722	20	—	—	—	41	20	382	10	—	—	—	—	1808	45
21	Chemnitz	9. 4. 06	399	70	9	50	—	—	235	20	—	—	—	9	—	27	50	—	—	—	—	680	90
22	Chemnitz	12. 4. 06	442	80	3	50	—	—	468	80	—	—	5	90	15	20	116	55	—	—	—	1052	75
23	Chemnitz	17. 5. 06	67	63	—	—	—	—	49	40	—	—	—	2	80	12	35	—	—	—	—	132	18
24	Chemnitz	3. 4. 06	85	42	8	—	—	—	69	00	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	165	02
25	Chemnitz	30. 4. 06	185	96	7	—	—	—	59	80	—	—	—	3	—	2	30	16	60	3	00	278	56
26	Chemnitz	18. 4. 06	63	43	6	50	—	—	120	80	—	—	—	6	20	—	—	—	—	—	—	185	93
27	Chemnitz	10. 4. 06	—	—	20	50	—	—	59	20	—	—	—	2	40	—	—	—	—	—	—	82	10
28	Chemnitz	2. 5. 06	131	03	3	50	—	—	210	40	1	35	—	5	70	62	60	—	—	—	—	404	68
29	Chemnitz	10. 5. 06	3475	77	160	50	7	50	5734	40	16	06	8	40	187	10	1438	95	342	34	—	11371	01
30	Chemnitz	7. 4. 06	—	—	9	50	—	—	115	40	—	—	—	3	60	2	80	32	60	—	—	163	80
31	Chemnitz	17. 4. 06	—	—	64	50	—	—	107	80	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	182	30
32	Chemnitz	30. 4. 06	—	—	9	—	—	—	815	60	1	50	—	11	30	78	00	211	44	—	—	627	74
33	Chemnitz	7. 4. 06	211	86	9	—	1	75	273	20	31	95	2	50	12	—	—	—	—	—	—	542	26
34	Chemnitz	17. 4. 06	84	68	9	—	—	—	277	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	389	15
35	Chemnitz	24. 4. 06	257	41	21	50	—	—	516	40	—	—	1	30	20	70	60	90	33	80	—	912	01
36	Chemnitz	7. 4. 06	325	—	24	50	—	—	1114	20	—	—	—	32	90	—	—	—	—	—	—	1496	60
37	Chemnitz	—	—	—	—	—	—	—	33	05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33	05
38	Chemnitz	23. 4. 06	760	71	46	—	6	—	1559	80	7	65	—	49	70	—	—	—	—	—	—	2490	00
39	Chemnitz	18. 4. 06	1140	95	19	—	25	—	1080	—	1	95	12	60	50	30	50	30	33	30	—	2388	65
40	Chemnitz	19. 4. 06	292	95	5	50	—	—	858	40	—	—	3	50	49	40	—	—	—	—	—	1217	75
41	Chemnitz	20. 4. 06	1568	23	27	—	—	—	1378	—	—	—	—	52	—	344	50	135	17	—	—	3501	90
42	Chemnitz	10. 5. 06	102	11	51	50	3	50	260	20	7	50	7	20	8	40	—	—	—	—	—	435	41
43	Chemnitz	11. 4. 06	392	30	104	—	3	25	1339	—	25	80	2	50	49	40	342	55	196	17	—	2154	97
44	Chemnitz	5. 4. 06	—	—	24	—	—	—	42	80	—	—	—	4	40	—	—	—	—	—	—	71	20
45	Chemnitz	17. 4. 06	212	02	44	50	1	25	830	20	8	10	2	40	30	30	415	10	32	75	—	1376	62
46	Chemnitz	17. 4. 06	—	—	14	—	—	—	35	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49	20
47	Chemnitz	18. 4. 06	19	41	—	—	—	—	15	20	—	—	—	—	50	—	—	—	—	—	—	35	11
48	Chemnitz	18. 4. 06	33	38	4	50	—	—	76	20	—	—	—	2	90	—	—	—	—	—	—	121	28
49	Chemnitz	3. 5. 06	—	—	—	—	—	—	27	80	—	—	—	—	40	—	—	—	—	—	—	28	20
50	Chemnitz	24. 4. 06	32	89	2	—	—	—	89	80	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	127	09
51	Chemnitz	26. 4. 06	23	16	—	—	—	—	30	—	—	—	—	1	10	—	—	—	—	—	—	54	26
52	Chemnitz	10. 4. 06	343	—	49	—	—	—	956	20	—	—	1	40	34	30	227	05	60	65	—	1671	60
53	Chemnitz	12. 4. 06	68	32	36	—	—	—	612	60	—	—	—	25	80	—	—	—	—	—	—	766	90
54	Chemnitz	21. 4. 06	2051	11	45	50	—	—	1586	00	—	—	10	80	52	80	751	80	10	57	—	4509	18
55	Chemnitz	10. 4. 06	468	75	6	50	—	—	546	40	—	—	—	15	50	111	30	—	—	—	—	1148	45
56	Chemnitz	7. 4. 06	8	93	—	—	—	—	16	80	—	—	—	7	80	—	—	—	—	—	—	25	73
57	Chemnitz	17. 4. 06	93	13	2	50	—	—	177	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	319	23
58	Chemnitz	3. 4. 06	63	26	1	—	25	—	52	10	—	—	—	2	20	13	85	—	—	—	—	135	21
59	Chemnitz	2. 4. 06	—	—	19	50	3	75	321	40	783	25	—	19	10	—	—	—	—	—	—	536	11
Summe			33559	96	1693	—	43	—	4387	05	476	25	100	—	1661	40	13948	80	1889	07	—	98958	53

Anmerkung: Neu errichtet wurden die Filialen Halberstadt-Luedlinb., Hannau, Hannover, Landshut, Reustadt a. d. S., Mühlhausen i. Elb. hat den der Hauptliste zugehörenden Betrag noch nicht eingekandt. In Württemberg kein Rückgang. Viele Mitglieder

und damit Nutzen gezogen. Dadurch aber, daß christliche Verbandsbrüder Veranlassungsvorgänge durchwärt der hohen Obrigkeit übermittelten, richten sie sich ein für allemal in den Augen jedes anständigen Menschen. Wenn der schwarze Arbeiterreichthum am Schlusse seiner Ausführungen in seiner Veranlassung, nach dem Verichte, der den bürgerlichen Plättern übermittelte wurde, sagte, daß die deutsche Arbeiterchaft noch nicht fast durchweg sozialdemokratisch sei, sondern daß es noch sehr viele „gutgeiminte“ Elemente unter den

Arbeitern gebe, so können wir dem Herrn versichern, daß wir solche Elemente, die den Herren Vorarbeiten in den Ehren liegen und ihnen das beste aus der Arbeiterbewegung auf schnellstem Wege mitteilen, den „Christlich-nationalen“ von ganzem Herzen und von ganzer Seele gannern. Mag der christlich-nationale „Ausbruch“ an solchen geschnittenen Elementen seine Freude erleben. Im norddeutschen Teutland, wo unsere Bewegung kräftig Wurzeln schlägt, erscheinen auch die Schwarzen, um „unsere Erb-

größerer Einzelmitgliedschaften im 1. Quartal 1906. (31. März 1906.)

Name der Mitgliedschaft	Ausgabe												Zahl der Mitglieder									
	Verwaltung		Agitation		Unterstützung aus lokalen Mitteln		Beiträge für das örtliche Gewerkschaftshaus ferner für Arbeiter-Veranstaltung		Bildungsmittel		Sonstige Ausgaben		An den Vorstands-Vorstand gefandt		Summe der Ausgabe		Weibt in der Aktivenliste Bestand		mehr im vorj. Quartal	weniger	Zehnfache Summe	
	997	998	997	998	997	998	997	998	997	998	997	998	997	998	997	998	997	998				
145 30	55	09	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
76 68	5	67	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
47 43	50	63	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
50 91	3354	80	1473	10	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
68 13	329	88	461	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20 16	8	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215 12	47	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
148 61	212	04	29	—	110	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
555 24	581	69	201	70	196	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
187 —	42	23	9	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
163 —	92	50	9	70	170	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
211 21	18	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
295 38	86	67	7	80	10	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
180 73	1947	05	315	60	2516	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
176 52	74	65	20	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232 06	15	68	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
508 49	32	14	2	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
196 76	8	66	1	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64 88	18	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
898 45	158	90	280	80	224	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
680 90	32	71	6	—	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052 75	116	70	11	35	14	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
132 18	14	15	—	—	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
165 02	1	90	4	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
278 56	12	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
186 93	20	57	2	—	6	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
82 10	13	99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
404 58	77	17	23	40	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
371 01	8526	35	122	50	95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
163 80	10	10	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
182 30	15	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
627 74	62	90	81	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
542 26	46	49	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
389 15	34	10	88	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
912 01	98	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
496 60	100	45	—	—	31	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33 05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
199 00	287	40	32	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
388 65	218	03	47	45	110	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
217 75	292	11	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
504 90	265	50	35	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
455 41	63	40	13	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
154 97	245	92	371	55	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
71 20	11	93	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
576 62	546	77	81	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
49 20	8	—	—	—	3	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
35 11	2	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
121 28	21	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
28 20	8	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
127 09	11	41	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
54 26	10	20	1	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
671 60	368	17	—	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
766 90	80	45	14	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1509 18	444	22	47	88	522	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
118 45	87	80	32	77	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25 73	14	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
319 23	38	45	—	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
135 21	8	—	7	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
536 11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
958 53	14298	04	3759	35	5111	86	1993	36	256	69	1265	75	32798	20	50483	25	39475	28	22301	2618	1981	498

und Offenbach a. M. Von Landsbut und Ludwigshafen a. Rh. war zur Zeit der Zusammenstellung die Abrechnung noch nicht eingegangen. gehören zur Filiale Heidelberg, welche wieder getrennt geführt werden.

...sicht" angutreten. Ein Versuch, die Königsberger Gemeindeführer zu fesseln, mißlang vollkommen. Nun vermaßen sie in Danzig ihr Heil zu finden. In der alten und ehrwürdigen Stadt Danzig sind gewisse, von der Stadt beschäftigte Angestellte eifrig bemüht, die städtischen Arbeiter vor jedem Luftzuge erwidender Verantwortlichkeit zu bewahren. Um dies löbliche Ziel auch sicher zu erreichen, hat ein Herr Betriebsinspektor Zente in Gemeinschaft mit einigen anderen städtischen

Beamten, einen Verein ins Leben gerufen, welcher den vorbehaltslosen Namen: "Verein der Kommunalarbeiter in Danzig" führt. Dieser Verein stellt eine wirtschaftliche und gefällige Vereinigung für Handwerker und Arbeiter aller städtischen Arbeitszweige dar, und der Magistrat Danzigs ist den guten Leuten wegen der Gründung dieser gemüthvollen Vereinigung nicht einmal böse, wie von den Vereinsgründern triumphierend behauptet wurde. Ein sehr bedenkliches Zeichen. Am Donnerstag, den 22. d. M., sollte nun in

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1906.

Einnahme:	
An Bestand	60 282,06 M.
Eintrittsgeldern	1 681,-- "
Mitgliederbeiträgen	29 373,29 "
Delegiertenentlohn	1 633,-- "
„Die Gewerkschaft“	135,94 "
Zinsen	467,80 "
sonstigen Einnahmen	172,41 "
Summa	93 765,50 M.
Ausgabe:	
Für Sterbeunterstützung	1 065,-- M.
„ Streikunterstützung	1 200,85 "
„ Lohnbewegungen	397,30 "
„ Gemafregeltenunterstützung	1 034,65 "
„ Medizin	200,10 "
„ Agitation	8 772,29 "
„ Beitrag an die Generalkommission	674,40 "
„ Die Gewerkschaft“	7 024,64 "
„ Literatur	116,13 "
„ Inventar	251,50 "
„ persönliche Verwaltungskosten:	
Gehälter	1 825,88 M.
Stimmungsgelder	287,00 "
Versicherungsbeiträge	97,72 "
Summa	2 210,70 "
„ säkular Verwaltungskosten:	
Druckkosten	60,-- M.
Büroauswärtigen	155,20 "
Materialien für die Filialen	2 381,80 "
Porto	374,23 "
Büroauswärtige, Heizung, Heizung und Beleuchtung	1 102,32 "
Summa	4 076,55 "
sonstige Ausgaben	52,15 "
Summa	28 606,26 M.
Ab schluß:	
Einnahme inkl. Bestand	93 765,50 M.
Ausgabe	28 606,26 "
Reißt Bestand	65 159,24 M.

Hiervon gelten 30 050,05 M. als Fonds für die Sterbeunterstützung.

Berlin, den 21. Mai 1906.
 G. Kfmann, Hauptkassierer.
 Revidiert und für richtig befunden
Die Revisoren:
 Karl Schabel, Gustav Mehrwald.

Zusammenstellung

über die Gesamteinnahme und -Ausgabe des Verbandes im 1. Quartal 1906.

Einnahme:	
Einnahme der Filialen	98 958,53 M.
Einnahme des Verbandsvorstandes	60 967,30 "
Summa	159 925,83 M.
Ausgabe:	
Ausgabe der Filialen	26 685,05 M.
Ausgabe des Verbandsvorstandes	28 606,26 "
Summa	55 291,31 M.
Ab schluß:	
Gesamteinnahme	159 925,83 M.
Gesamtausgabe	55 291,31 "
Reißt ein Vermögen von:	104 634,52 M.
Davon in den Filialen	39 475,28 M.
Davon in der Hauptkasse	65 159,24 M.

Tanzig im Bildungsvereinsbau die erste ordentliche Mitglieder-versammlung des Vereins mit folgender, auferst „wichtigen“ Tagesordnung stattfindend: 1. Einziehung von Beiträgen; 2. Annahme von Resolutions zur Aufnahme in den Verein; 3. Beratung der Resolutions. Zu dieser Versammlung machte sich unser braver Genosse Crispian aus dem Weg mit der heißen Hoffnung im Herzen, daß er ihm als Götter in der Versammlung bilden werde und daß es ihm ferret möglich sein würde, zu den hundert Arbeitern Tanzig über den Wert einer wahrn und vernünftigen Organisation zu sprechen. Die Tanziger Genossen hatten sich hinführen zur Verfügung gestellt. Zwei von ihnen verteilten im Akt des Bildungsvereinsverbandes an die städtischen Arbeiter, die zur Versammlung kamen, Handzettel, deren Text in kurzen prägnanten Worten zum Beitritt in den Zentralverband der

städtischen Arbeiter aufforderte. Der Gastwirt des Lokales, in dem die Versammlung lagte, Herr Schmitz, geriet ob dieser nach seiner Ansicht bodenlosen Unverschämtheit der „Noten“ in eine geradezu unnatürliche Erregung. Er verbot unseren Genossen das Lokal. Auf einen unserer Zettelverteiler sprang dann ein Arbeiter zu — offenbar einer jener traurigen Durschen, die aus übergrößer Weichheit sich zu verächtlichen Handlungen ihrer Vorgesetzten hergeben und so zum gemeinen Verräter ihrer eigenen Kollegen werden — und entriß ihm eine Anzahl der Handzettel. Dann nahmen sich zwei Schugleute „liebepoll“ unseres Genossen an und brachten denselben, nachdem sie ihm den Rest der Handzettel abgenommen hatten, zur Polizeiwache, von wo er nach Feststellung seiner Personalien entlassen wurde.

Genosse Crispian, der inzwischen in die Versammlung hineingegangen war, wurde nach der Eröffnung derselben hinausgewiesen. Jeder, der den Saal betrat, wurde von den Inspektoren, Aufsehern und ähnlichen Beamten, die im Innern des Saales an der Tür Posten standen, scharf kontrolliert, und natürlich witterten sie in Genossen Crispian, den niemand von ihnen als städtischen Arbeiter kannte, sofort einen Fremden und Sozialdemokraten. Da die „tapferen“ Männer vor den Sozis einen heillosen Respekt haben und fürchten, daß ihnen, wenn ein Sozialdemokrat zu den Arbeitern spricht, alle sorgsam bewachten Schwächen davonlaufen, so wurde der Saal von „allen verdächtigen Fremden“ sorgfältig gesäubert.

Nun machte sich Genosse Crispian mit dem Genossen Tutzki — dem 64 Handzettel von den Schugleuten entrißen waren — auf den Weg zum Polizeipräsidenten und verlangte den Saal zu sehen, in welchem der Staatsanwalt die Beschlagnahme der Handzettel angeordnet hätte. Der Beamte auf der Polizei war ziemlich verdächtig und aufmerksamer, die gewünschte Bescheinigung vorzulegen, da keine solche existierte.

Es entwickelte sich nun folgendes Gespräch:
 Genosse C.: „Also wer hat denn die Beschlagnahme der Handzettel angeordnet?“

Der Beamte: „Darüber weiß ich nichts. Sie müssen sich an den Kommissar Schlickriede wenden.“

Genosse C.: „Wo ist Herr Schlickriede?“

Der Beamte: „Augenblicklich nicht hier. Er wird wohl im Bildungsvereinsbau sein.“

Genosse C.: „Dann möchte ich Beschwerde gegen den Kommissar Schlickriede führen wegen unberechtigter Beschlagnahme der Handzettel. Außerdem behalte ich mir vor, gegen den Kommissar eine Klage wegen Schwandens einzuleiten, wenn ich die Handzettel nicht noch heute abend zurückbekomme.“

Der Beamte: „Sie können sich ja morgen an den Polizeipräsidenten wenden.“

Genosse C.: „Das nützt mir nichts, morgen früh muß ich nach Königsberg zurückfahren.“

Darauf erklärte sich der Beamte sofort bereit, die Beschwerde zu Protokoll zu nehmen, was denn auch geschah. Es wurden unseren Genossen sofort Stühle zum Sitzen angeboten.

Als Genosse Tutzki meinte: „Man beweise nicht, wie man ihm einfach die Zettel abnehmen und zur Wache bringen konnte.“ Da meinte der Beamte: „Er sei daran ja völlig unbeteiligt; er habe doch hier auf der Wache nur zu den Beamten gesagt, daß sie sich rubig verhalten möchten.“ Das ist jedenfalls sehr drollig und bezeichnend. Als der Polizeibeamte beim Niederschreiben der Beschwerde war, erschien auch der Kommissar Schlickriede auf dem Polizeipräsidenten. Genosse C. wollte denselben sofort persönlich sprechen, jedoch war Herr Schlickriede sogleich wieder verschwunden, nachdem ihm wohl vom Beamten mitgeteilt worden war, daß gegen ihn Beschwerde geführt wird.

Unsere Genossen begannen sich nun wieder zum Versammlungslokale, und vor denselben mußte der Zahnmann Hoffmann die dem Genossen Tutzki abgenommenen 64 Handzettel aus der Tasche seines Mantels herausnehmen und unsern Genossen zurückgeben, auf Veranlassung des Herrn Kommissars Schlickriede. Ein derartig schneller Erfolg der Beschwerde überraschte beargwöhnungsweise allgemein. Es war ja noch nicht einmal eine halbe Stunde verstrichen. Und mit Recht fällt ein solcher Fall auf, da unsere preussischen Behörden wohl noch nie eine Beschwerde in einer knappen halben Stunde erledigt haben.

Jetzt verlangten unsere Genossen, daß von dem Kommissar der Name des Diebes, der dem Genossen Tutzki auch einen Teil der Handzettel entrißen hatte und sich in der Versammlung befand, festgestellt würde. Der Kommissar meinte, er könne unmöglich die Veranlassung geben. Man möge bis zum Schluß derselben warten!! Genosse C. machte dem Kommissar den Vorstoß, er möge sich an den Vorsitzenden der Versammlung wenden, vielleicht melde sich der Dieb auf dessen Aufforderung freiwillig. Der Kommissar ging in die Versammlung hinein und kam nach einiger Zeit mit der Mitteilung heraus, der richtige Täter sei nicht zu finden. Die Zettel aber hat der Wirt des Lokales, Herr Schmitz, und dieser verweigerte die Herausgabe derselben. Der Kommissar meinte weiter: „Da kann ich nichts machen.“ Herr Schmitz, der augenscheinlich ein Opfer jenes Vernies ist, suchte während der Verhandlungen unserer Genossen mit der Polizei mit Armen und Weinen in der

Lust herum und schrie: „Verlassen Sie mein Lokal! Kausl! In meinem Hause kann ich machen, was ich will!“ Dies geschah sofort. Genosse C. rief ihm aber noch zu: „Herumtänzen können Sie so viel Sie wollen, aber Sie dürfen keine gestohlenen Sachen an sich nehmen. Sie machen sich dann der Hehlerei schuldig.“ Unserem Genossen blieb nun weiter nichts übrig, als auf der Straße den Schluß der Versammlung abzuwarten, in der Hoffnung, daß dann der Dieb vielleicht ermittelt werden könnte. Als die Versammlung geschlossen war und Genosse C. den Kommissar Schlichtriede fragte, ob jetzt der Name des Diebes festgestellt werden würde, erklärte derselbe: „Das wäre nicht möglich, da schon alles fort sei.“ Bemerkte sei noch, daß sich einer der vor dem Lokale stehenden Schulleute dem Genossen C. gegenüber die Bemerkung erlaubte: „Derr Partel, sehen Sie sich man vor!“ Was diese überflüssige Redensart zu werden sollte, können wir nicht erründen, da wir uns in dem Poststellenskreis eines preussischen Schullehrers nicht zurechtfinden vermögen.

Es ist wirklich schade, daß der Raubmörder Demmig schon fest ist, sonst hätte er nur nötig, eine Versammlung des Vereins der Kommunalarbeiter in Langzig aufzusuchen und er wäre in volliger Sicherheit. Hier sitzt ein Dieb in einer Versammlung, und ein Kommissar nebst zwei Schulleuten sind außerhande, denselben festzunehmen, er entwischt ihnen. Wir sind allerdings erfreut über die respektvolle Achtung des Versammlungsrechtes durch die Langziger Polizei. Aber der preussischen Polizei ist das Versammlungsrecht sonst nicht so heilig.

Unnoble Kampfeswelle.

Unter diesem Titel entrißte sich „Die Gewerkschaftsstimme“ aber unseren Mündner Bezirksleiter Sebald.

Dieser hat in einer Versammlung am 24. April d. J. die Christlichen Brüder und ihre verräterische Taktik scharf unter die Lupe genommen. Und deshalb zeibt ihn „Die Gewerkschaftsstimme“ der Unwahrheit. Er hat nämlich die „Christlichen“ Streikbrecher-Organisationen Verbände mit leeren Kassen genannt. Nun, daß der Streikbruch von den „Christlichen“ eine sehr geschädigte Sache ist, steht doch fest. Eine ganze Reihe von Städten könnten wir aufzählen, und man braucht nur die „Christliche“ Streikbrecheragentur beim Berliner Gärtnerstreik herauszugreifen, dann sieht man, welch Geistes Kind diese „Christlichen“ sind. Ebenso verhält es sich mit den leeren Kassen. Hat es doch der „Christliche“ Sekretär W. selbst zugestanden.

Wollen die „Christlichen“ Verbändler eine ganz besonders pikante Massenangelegenheit hören, dann brauchen sie nur einmal auf das Mündner Zweigbüroau unseres Verbandes zu kommen, dort können sie das Nötige erfahren. Von Jörn auf die „Christlichen“ kann keine Rede sein, denn soweit wir überhaupt noch ein Gefühl gegen sie hegen, ist es das des Bedauerns und des Mitleids. Ebenso fest steht, daß Herr Hirschauer sich als Angehöriger unseres Verbandes ausgeben hat, und zwar bei den Schreibern im städtischen Schuppen in der Tallrücknerstraße.

Das dürfte genügen; wenn es nötig ist, können wir den Schleier auch noch weiter lüften.

Nun, was ist's mit dem Sommer 1905? Heraus damit! Bezirksleiter Sebald, damals noch auf lange Zeit städtischer Arbeiter, gab sich die Mühe, einmal ein paar der verbliebenen Sozialfreier aufzutreten und ihnen den Hintern, den die „Christlichen“ Führer ihren geduldigen Schaffeln täglich vorlaufen, auseinanderzusetzen, um zu erklären, warum diese „Christlichen“ das, was sie selbst nicht glauben, dennoch bezapfen, gebrauchte Sebald die Redewendung: des Brot man ist, des Vieh man singt. Oder ist es nicht so? Dies ist die schauerliche Geschichte vom Sommer 1905, die die „Christlichen“ gerne ins Gegenteil drehen möchten. Wenn man sie dann beim Widet laßt, dann sind die Freien unnoble. Rebel sind nur die Schwarzen. Hier z. B. ein Bericht der „Mündner Post“ vom 25. April:

Ein Christliches Hirschauerstück. Während der ganzen vergangenen Woche wurde unter den städtischen Arbeitern Tamtam geschlagen für eine christliche Versammlung, die am Sonntag den 22. April, nachmittags, im großen Saale des Arcubrau stehenden sollte. Als Zugkräfte waren in dem Laufzettel drei verlesene und drei wirkliche Gemeindebevollmächtigte angeführt, unter den letzteren der Antimit Wagner, von dem man sagt, daß er im Gemeindefolgeium den gemeinsten Antrag, der je dort gestellt worden ist, eingebracht hat. Jedoch hatten die Herren „aus taktischen Gründen“ es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Vielleicht haben sie die Zeit dazu benützt, ihre eigenen Fraktionskollegen im Rathaus zu bearbeiten. Dies wäre nämlich sehr notwendig, denn wie uns ein glücklicher Zufall verraten hat, sollen diese Zentrumsarbeiterfreunde in den Verwaltungsausschüssen gegen die Arbeiter eine sehr unchristliche Stellung einnehmen. Verschiedene freiorganisierte städtische Arbeiter waren auch in die Versammlung gekommen, um zu hören, wie der erste Referent, der Redakteur eines Zentrumsblasses, das erst vor kurzem von den christlichen Arbeitern als von einigen Tugend christlichen Demolaten, von politischen Eintagsfliegen usw. schrieb, über diese Stellungnahme

seines Blattes hinwegvollziehbarer würde. Auch wollten diese freien Gewerkschaftler vom Gemeindebevollmächtigten Wagner hören, wie er seine oben erwähnte Forderung, den russischen Schergen die ihnen entwichenen Flüchtlinge wieder in die Hände zu spielen, mit der christlichen Nächstenliebe in Einklang bringen würde. Und ganz besonders waren die freien Gewerkschaftler gespannt, einmal eines jener sogenannten nichtpolitischen Referate des christlichen städtischen Arbeiters Hirschauer zu hören, der unter großem Wortaufwand mit „Zitaten“ nur so herumwirft. Aber die Neugier der freien Gewerkschaftler sollte nicht befriedigt werden. Hirschauer mochte wohl ahnen, daß unter den anwesenden circa 100 Personen ein großer Teil frei organisierter Arbeiter war. Infolgedessen erklärte er bei Eröffnung der Versammlung, daß er sich das Hausrecht unter allen Umständen wahren werde. Auch könnten nur Mitglieder des christlichen Verbandes das Wort erhalten!

Vom Vertreter des Gemeindearbeiter-Verbandes wurde das Wort „zur Geschäftsordnung“ verlangt, aber auch dies wurde verweigert. So handelten diese Schwarzläufer, denen in allen Versammlungen des Gemeindearbeiter-Verbandes unbeschränkte Rede-freiheit gewährt wird. Dieses Verhalten der Christlichen ist zwar nicht christlich, aber jedenfalls sehr bequem; könnte man dabei doch gehörig über die 111 Sozi losziehen, ohne daß diese in der Lage wären, zu antworten. Ein starrer Schreck packte plötzlich die Christlichen, denn wie ein Mann erhob sich die Versammlung und ein Zug von etwa 70 Mann verließ demonstrib die „geistliche Stätte“ und nur 30 Männlein blieben als trauriger Rest zurück. Die Herrschaften brauchten nun die Wahrheit nicht mehr zu fürchten und waren recht hübsch unter sich.

Und wir wissen soviel, daß wir dann, wenn die „Christlichen“ sich entrißten, jedesmal einen Treffer geschossen haben. Vielleicht ist es nobler, sich als Trambahner zu verkleiden, als den Wagt zu färben, wie es die „Christen“ in Düsseldorf gemacht haben. S.

Etwas aus der städtischen Betriebskrankenkasse in Dresden.

Eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften ist die Wahrnehmung der aus dem Kranken-Versicherungsgezeig entspringenden Rechte. Auch wir in Dresden haben uns seit langem mit dieser Materie beschäftigt. Wir haben hier eine städtische Betriebskrankenkasse. Diese besteht seit 1901 in ihrer jetzigen Gestalt. Sie ging hervor aus der für die Gas- und Wasserwerke schon lange bestehenden Kasse. Nachdem man eingesehen hatte, daß diese nicht lebensfähig sei, beschloß man, die anderen, bisher der Ortskrankenkasse angehörenden städtischen Arbeiter diese zu entziehen und eine Betriebskrankenkasse für alle städtischen Betriebe zu errichten. Angeblich, um den Arbeitern mehr Wohlthaten erweisen zu können. Es würde zu weit führen, all dies hier wiederzugeben, was damals alles versprochen wurde. Unsere Kollegen wissen das ja selbst am besten.

Schon seit langem Jahren verlangten nun die Vertreter der Arbeiter, eine Statistik über die Zahl und die Dauer der Krankheitsfälle zu führen. Für das Rechnungsjahr 1904, 5 ist diesem Verlangen entprochen worden. Nachstehend sind die Zahlen derselben, sowie auch des Rechnungsablaufes zu finden.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Arbeitsleistung in städtischen Betrieben, speziell den Gasanstalten, eine mörderische ist, in der Statistik ist er erbracht! Fünfundsechzig von hundert Mitgliedern der Anstalt Reiz und dreißigfünftel der Anstalt Reizstätt waren im Laufe des Jahres krank! Diese Krankenziffer spricht Vände! Aber fast unheimlich ist die Zahl der Kranken auf dem städtischen Bahnhof. Von 12 dort beschäftigten Arbeitern waren 11 dem und zwar auch ziemlich lange; nämlich der einzelne im Durchschnitt 17 1/2 Tage. Mit Recht betrachtet jeder nach diesem Betrieb Verschiede dies als eine Strafe, sozusagen als eine Verbannung.

Auch das Tiefbauamt mit Straßenreinigung weist einen erheblichen Prozentsatz Kranker (54 Proz.) auf. Auch hier werden bedeutende Anforderungen an die Arbeiter gestellt. Der Herr Vorstand Meite, der bei einer Gelegenheit sagte, er habe noch nichts gespürt, daß sich die Arbeitsleistung gehoben habe, dürfte hierdurch eines besseren belehrt sein. Vielleicht sieht er es jetzt ein.

Diese hohe Krankenziffer wirkt naturgemäß ungünstig auf die Massenverhältnisse. Nicht weniger als über 90000 Mk. erforderte die Unterbringung kranker Mitglieder. Noch mehr erblickten die Ärzte und Apotheker zusammen. Bei diesen Verhältnissen ist es ausgeschlossen, daß die Kasse auf einen grünen Zweig kommt, trotz hoher Beiträge der Mitglieder (4 Proz.), trotz einer Unterbringung des Rates von 10000 Mk. jährlich. Außerdem trägt die Stadt noch alle Beamtengehälter.

Der Annuß einer eigenen Betriebskrankenkasse kostet der Stadt Dresden alljährlich ein ganz erhebliches Stämmchen, ohne den Mitgliedern der Betriebskrankenkasse besondere Vorteile zu bringen.

Mit der Gründung der Betriebskrankenkasse glaubte der Rat auch einen sozialistischen Fortschritt getan zu haben. Die Mitglieder sind jedoch anderer Meinung. Bekanntlich haben die Mitglieder von Betriebskrankenkassen weniger Rechte als die Mitglieder der Ortskassen. Sollte am Ende nicht hier der Hufe im Pfeffer liegen?

Die Berliner städtischen Arbeiter und der Beschluß der Stadtverordnetenmehrheit vom 10. Mai 1906.

Im Leitartikel der letzten „Gewerkschaft“ ist das Verhalten der Bürgerlichen Mehrheit im Roten Hause, anlässlich der Einbringung der „Allgemeinen Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter“ durch die sozialdemokratische Fraktion gekennzeichnet worden. Am 18. Mai nahmen nun die städtischen Arbeiter hierzu Stellung. In großen Sälen strömten unsere Kollegen wieder nach dem großen Mahlen- versammlungsorte der Berliner Arbeiterschaft, nach Meisters Festsaal in der Moppenstraße, den gewaltigen Raum und die Balkons bis auf den letzten Platz füllend. Hier sollte der Stadtverordnetenmehrheit die gebührende Antwort auf ihr brutales Verhalten gegeben werden. Durch eine Einladung zu der Versammlung war allen Stadtverordneten die Gelegenheit gegeben, die Stimmung der städtischen Arbeiter zu erfahren. Dieser Einladung waren aber nur die Sozialdemokraten, vertreten durch die Genossen Ewald, Dünge, Dr. Vernein und Waldel Manasse, und die sozialfortschrittlichen Marggraf und Menzel gefolgt. Die Mehrheitsparteien glänzten durch Abwesenheit. Selten haben die Mehrheitsparteien ihren Interessenstandpunkt so kraft zum Ausdruck gebracht, so frei und offen verkündet, als durch die Meinung, daß in den Bestimmungen der „Allgemeinen Arbeitsordnung“ (man denke die Forderung eines Minimallohnes von 4,00 M., Verbesserung der Arbeiter-Ausschlüsse, Entlassung nach dem Dienstalter, Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 resp. 9 Stunden usw.) eine Gefahr für die gesamte Berliner Industrie liege.

Wer sind denn die Hauptgeuner unserer Forderungen? Die Herren Mast, Mohr und wie sonst die Vertreter der Großindustrie im Stadtparlament alle heißen. Auf Grund ihres Einflusses und mit Hilfe der famosen Masseneinteilung sind sie in der Lage, in einer direkt gemeingefährlichen Weise ihren Unternehmensstandpunkt auch in der Stadtverwaltung zum Ausdruck zu bringen. Sonderbar mißet es aber an, wenn man erfährt, daß in den Betrieben dieser Leute zum Teil die Forderungen der städtischen Arbeiter schon längst anerkannt sind oder anerkannt werden mußten. Wir erinnern nur an 9-kündige Arbeitszeit.

Die Tagesordnung der Protestversammlung lautete: „Das ablehnende Verhalten der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit gegenüber den Arbeiterforderungen.“

Genosse Zubeil übte in seinem Referat eine geradezu erbarungslose, vernichtende Kritik an dem Verhalten der „liberalen“ Mathensmehrheit. Noch nie hätten die städtischen Arbeiter eine derartig nichtachtende Behandlung von der „freimüthigen“ Stadtväterliaue erfahren wie am 10. Mai. Schon vieles hätten die Sozialdemokraten erlebt, wenn sie Anträge im Interesse der Arbeiter stellten, doch daß die Mehrheit einen Antrag von solcher eminent sozialpolitischer Bedeutung durch Hebergang zur Tagesordnung einfach in den Papierkorb warfen, das habe einzig da. Auch nicht der leiseste Versuch sei gemacht worden, um das nach Meinung der Mehrheit etwa Unbrauchbare des Antrages nachzuweisen, sondern lediglich mit dem trivialen Hinweis auf eine mögliche „Schädigung der Privatindustrie“ habe man den Antrag abgelehnt. Weder erklärte dann die einzelnen Forderungen des Antrages und wies schlagend deren Berechtigung nach, indem er die für eine Stadt wie Berlin einfach unwürdigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter geißelte. Und angesichts dessen habe der Sprecher der Mehrheit die Stenographen, von einem Nachübernahmepunkt der Arbeiter zu sprechen! Sehr bezeichnend sei es aber auch, daß diejenigen Stadtverordneten, die von den Pirsch-Dunkerschen Gewerkschaftsmitgliedern gewählt worden seien, die Abwägung jenes Antrages behaglich mitmachten. Diese Herren waren stets dafür zu haben, wenn es galt, die nach Tausenden bemessenen Gehälter der hohen Kommunalbeamten um weitere Tausende zu erhöhen. Hier aber, wo es sich um das Wohl der kommunalen Arbeiter handelte, haben sie Hägisch verfaßt. Weder schloß seine Ausführungen mit einem feierlichen Appell an die Erscheinenden, die Kommunalbeamten aus diesem schmachvollen Verhalten der bürgerlichen Mehrheit zu ziehen, indem er sie ermahnte, ihre Organisationen besser zu führen und bei künftigen Wahlen nur wirtlichen Arbeiterkandidaten ihre Stimme zu geben. (Stürmischer Beifall.)

Als erster Diskussionsredner nahm darauf Herr Margraff das Wort. Auch er fand scharfe Worte der Kritik gegen seine bürgerlichen Freunde und war ebenfalls der Meinung, daß die Arbeiter nur durch eine gute Organisation etwas erreichen können.

Genosse Ewald charakterisierte darauf in martialischen Strichen die ferwille Stricherei der liberalen Mathensparteien, wenn es sich um Wünsche von „Lohn“ handelt, wogegen sie sich in siliziger Anmaßung leit und dunkelhafter Feindschaft einander überbieten, wenn die Arbeiter mit den berechtigten Forderungen an sie herantreten. Aus diesen Vorlesungen möchten die städtischen Arbeiter endlich die richtigen Lehren ziehen.

In scharfer, aber doch sachlicher Weise brachten die Kollegen Schabel, Maerzuhl und Schulz die Entrüstung und Erbitterung der Kollegenchaft zum Ausdruck.

Es sprachen sodann noch mehrere der anwesenden Arbeiter in klarer und sachlicher Weise. Dennoch klang aus ihren Worten die tiefgehende innere Entrüstung und Erbitterung über die jüngste Seldentat der Stadtverordnetenmehrheit heraus.

Einstimmig gelangte hierauf folgende Resolution zur Annahme:

Die am 18. Mai 1906 bei Meiler, Moppenstraße 29 versammelten zirka 1000 städtischen Arbeiter sämtlicher Betriebe der Stadt Berlin nahmen mit Entrüstung Kenntnis von dem völlig ablehnenden Verhalten der Stadtverordnetenmehrheit in bezug auf die seitens der sozialdemokratischen Fraktion eingereichte allgemeine Arbeitsordnung.

Die Versammelten protestieren ganz entschieden gegen die Art und Weise, in welcher man über durchaus berechnete Arbeiterforderungen zur Tagesordnung überging, ohne daß auch nur eine ernsthafte Prüfung vorgenommen worden ist. Sie verpflichten sich und rufen gleichzeitig alle redlich denkenden Bevölkerungsschichten dazu auf, bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen den Herren die Leitung zu geben für diesen offenkundigen Mangel an sozialem Verständnis.

Die Versammelten halten nach wie vor an der Forderung einer einheitlichen allgemeinen Arbeitsordnung für alle städtischen Betriebe fest, zumal dieselbe sowohl im Interesse der Stadt als auch der beteiligten Arbeiter liegt. Sie beauftragen daher die Krisenverwaltung des Gemeindearbeiterverbandes, die allgemeine Arbeitsordnung mit den von der Organisation beschlossenen Änderungen unverzüglich beim Magistrat einzureichen; desgleichen werden die Arbeitsausnahme sämtlicher Betriebe ersucht, dieselbe im Laufe der nächsten Woche ihren resp. Verwaltungen zu unterbreiten.

Die Versammelten erneuern ihren wiederholt gefaßten Beschluß, sich frei und leit um ihre zuständige Organisation, dem „Verbande der städtischen Arbeiter“, zu widmen. Sie verpflichten sich, mit allen Kräften beizutragen, daß in sämtlichen Betrieben eine rege Agitation- und Werbearbeit für die Organisation entfaltet wird. In der Erkenntnis, daß nur durch geeintes Vorgehen im heutigen Wirtschaftsleben Erfolge erzielt werden können, verpflichten sich die Gemeindearbeiter, alle noch fernstehenden Kollegen über unsere Aufgaben und Ziele aufzuklären, damit sie nicht länger das Gemüths für die Erzieling besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bilden.

Aufgabe aller Kollegen aber wird es nun sein, mit verdoppelter Eifer für den Ausbau der Organisation zu wirken, damit den Herren zu bald als möglich gezeigt werde, daß ihre Herrenmanieren an der Einigkeit der Arbeiter scheitern.

Genosse Knoll.

Mit ihm muß ich mich noch einmal befassen, er hat in Nr. 10 der „Steinfeyer-Zeitung“ einen ungefähr fünf Ellen langen Artikel gegen meine Ausführungen zur Grenzfrage losgelassen. Neues hat er nicht mehr gebracht, was irgendwie geeignet wäre, die Diskussion zu bereichern. Und wenn ich noch anmerke, daß Genosse Knoll mich einen Häßlicher und Ignoranten nennt, oder mich auch Herr tituliert (das ist in Polemiken unter Genossen mandamental der Gelehrtheit, der perfekten Unterabteilung, der Beschimpfung und Infamie zeugt, so haben unsere Mitglieder, die die Anstößigen Ausführungen nicht unmittelbar genesen können, einen ungefähren Begriff von der Sache. Aber merkwürdig, wir sollen uns seine bösartigen Zotteln gefallen lassen und ihn am Ende noch loben, daß er kein Häßlicher treibe! Ich beabsichtige auch nicht, unter dieser Heberchrift die Grenzfrage zu behandeln. Das vorhandene Tatsachenmaterial ist von beiden Seiten erschöpfend vorgebracht worden. Es befindet sich in der „Steinfeyer-Zeitung“ und in der „Gewerkschaft“ im 1904er und im laufenden Jahrgang. Die größere Ausdeute bietet die „Gewerkschaft“. Das ist auch erklärlich, weil es unsere Pflicht war, unseren Standpunkt zu begründen.

Diesen Anstößigen Artikel sowohl als auch seine Broschüre haben unsere Delegierten zum Verbandstage als Material erhalten. Auf dem Verbandstage werden wir ja auch Gelegenheit haben, in Gegenwart aller Beteiligten die ganze Angelegenheit noch einmal gehörig zu beleuchten.

An dem Genossen Knoll ist mir bisher, seitdem er angefangen hat, mit uns den guten Ton zu pflegen, aufgefallen, daß er den Entrüsteten und unangenehm Enttäuschten mißt, wenn wir seine Angriffe angemessen zurückweisen. So ist es von Anfang an gewesen. Er machte mir sojagigen den Eindruck eines Anstößigers. Er kommt uns wild in den Weg gerannt, schwingt in blinder Wut seine Waffe gegen uns Arglosen und dann — darin liegt das psychologische Material — „bietet er uns Verhandlungen an“, sagt, wir wollen uns vertragen.

Am 24. Juni 1904 erschien Nr. 13 der „Gewerkschaft“, enthaltend das Schreiben an den Magistrat und die Petition der bei uns organisierten Frankfurter Steinfeyer. Am 10. Juli 1904 erschien in der „Steinfeyer-Zeitung“ Nr. 14 Knolls erster Angriff auf unseren

Verband. Dieser Artikel war schon „geschwollen“. Ich konstatiere ausdrücklich, daß bis dahin von Anolls Seite keinerlei Anregung zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung gegeben worden ist. Nur das von mir oben früher erwähnte flüchtige Gespräch zwischen uns beiden in einer Versammlung hat stattgefunden. Das war nichts offizielles, nichts verpflichtendes. Ich habe das als eine private gelegentliche Äußerung angesehen und konnte es mir als das betrachten, zumal ich allein weder der Verbandsvorstand bin, noch überhaupt davon die Rede war, daß die beiderseitigen Vorstände demnächst zusammenzutreten sollten. Wenn es Anolls Absicht gewesen wäre, eine derartige Aussprache herbeizuführen, hätte er es uns mitteilen sollen. Unser Vorstand würde bestimmt zugefagt haben.

Also am 10. Juli erschien, wie aus der Pistole geschossen, Anolls erster geschwollener Artikel gegen uns. Wir schickten die Sache sofort an unseren Frankfurter Vertreter zur Äußerung. Kollege Ebermann konnte nicht so schnell antworten, wie wir es wünschten. Am 26. Juli erhielten wir vom Genossen Anoll einen Brief, den er nicht. Er empfiehlt uns darin nach Nowodnymanier an, warum wir auf seinen Artikel noch nicht geantwortet hätten? Wir sandten auch diesen Brief nach Frankfurt und ersuchten unseren Vertreter um Erledigung und Klarstellung.

Am 22. Juli erschien in der „Gewerkschaft“ eine Erklärung unserer 8 damaligen Vorsitzenden bezüglich des Schreibens an den Berliner Magistrat. Außerdem war in einer umfangreichen Schrift der Standpunkt des Verbandsvorstandes in der Grenzstreitigkeitsfrage dargestellt, welche am 5. August erschien. Gleichzeitig wurde der Artikel des Kollegen Schönberg-Hamburg veröffentlicht. Anoll meinte ja damals, daß wir uns einen Artikel aus Hamburg hätten „verschreiben“ lassen. Schönberg nahm Interesse an der Frage und bebandelte sie mit einigen ironischen Wendungen, weil Anoll vorher Angriffspunkte geboten hatte. Am 7. August 1904 veröffentlicht Anoll in der „Steinzeigerzeitung“ wieder einen Artikel und empfiehlt uns darin in der ruppigsten Weise an. Dann macht er ein fürchterliches Geschrei über den Schönbergischen Artikel. Am 2. September 1901 bediente ich den Genossen Anoll zum ersten Male etwas deutlicher in der „Gewerkschaft“ unter der Ueberschrift „Mühsinn und kein Ende“. Da mißt er den Vornehmen. — So führe er keine Polemik! Was soll man dazu noch sagen? Inzwischen lassen wir sovielen Waffenstillstände eintreten. An unserem Standpunkt war vor dem Mainzer Verbandstage doch nichts zu ändern. Das weitere habe ich in meinen drei Artikeln bereits alles klargestellt. Anoll nennt es verdunkeln. Zunderbarer Heiliger! Ob meine Antwort auf die Anollische Proschüre angenehm war, mögen unsere Mitglieder beurteilen und alle Zeitungen, welche die Proschüre geleitet haben. Jetzt will Anoll dies nicht und jenes nicht gesagt haben und will nicht so verstanden sein, wie ich und wohl alle unsere Mitglieder ihn verstanden haben. Ueber diese Sache selbst ist mit dem Genossen Anoll auf diesem Wege keine maßbringende Diskussion zu führen. Besseres geht es mündlich besser. — Am Schluß seiner Ausführungen stellt er noch einige tiefgründige Betrachtungen an und meint, daß mein Standpunkt sich aus Nichtaberei, Unkenntnis der Lebensverhältnisse anderer Gewerkschaften, Populärstarkaberei und dergleichen mehr ergebe. In der Grenzfrage ist doch wahrhaftig keine Seite zu finden und schließlich habe ich meine eigenen Kenntnisse in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung zum mindesten mit denen Anolls gleich.

Dann sagt Anoll noch: „Wenn man aber die verschiedenen Erklärungen zu der Sache in der „Gewerkschaft“ liest, dann gewinnt man den Eindruck, daß unter den führenden Personen des Gemeindearbeiterverbandes auch nicht eine ist, die so etwas wie Solidarität auch in reinen Organisationsfragen gegenüber anderen Gewerkschaften kennt. Das sind schließlich noch die toleranteren Leute derselben. Sie da sagen: die Steinzeiger (Gärtner usw.), die da bereits anderen Verbänden angehören, die wollen wir ja nicht haben. Aber weiter sind sie sich alle darin einig: die freiwillig zu uns kommen und die noch nicht organisiert sind, die nehmen wir selbstverständlich auf.“

„Dah man auch für eine Wiederorganisation gelegentlich mal Organisationsarbeit zu verrichten habe, dieses Bewußtsein scheint keinem von allen Leitern des Gemeindearbeiterverbandes zu kommen. Wenn wir nach den Grundfragen agieren wollten, wie sie in diesem Verbände scheinbar allgemein siltlich sind, dann könnte unser Verband heute wohl bis 2000 Mann, also bis zu 20 Prozent stärker sein; denn soviel Steinbrudarbeiter haben sich schon bei uns gemeldet. Wir erachten es als selbstverständliche Pflicht, alles mögliche zur Organisation dieser Arbeiter zu tun und dieselben sofort an ihre zehnjährige Organisation zu weisen.“

„Am, Anoll wird ja in Mainz die Meinung unserer Mitglieder veröffentlicht hören und wird dann bestreiten wollen, daß die Dinge doch etwas anders liegen, als er sie sich vorstellt.“

Durch den letzten Artikel Anolls erfuhr ich auch, daß der Vorstand des Steinzeigerverbandes uns einen Mandatvertrag nach der Vorbildentwerfung angeboten habe. Ich habe nachträglich davon Kenntnis genommen und unser Verbandstag wird dazu noch eine Ziehung zu nehmen haben. Das war wenigstens ein bestimmter Antrag. Anoll behauptet, daß der Vorstand des Steinzeigerverbandes uns bereits vor mehr als zwei Jahren demselben Antrag vorgelegt habe. Dazu kann ich namens der gegenwärtigen Verbandsmitglieder, die seit 1903 ununterbrochen unsern Verbandsvorstande angehören, erklären, daß uns davon nichts bekannt ist. In unseren Verbände-

alten haben wir einen derartigen Antrag nicht gefunden. Aber wenn es dem Genossen Anoll darum zu tun war, irgendwie in eine Verhandlung mit uns einzutreten, so konnte er das bequemer haben. Dazu war dieser Bombenpaktel nicht unbedingt nötig. Dann konnte er sich auf alle Fälle seine Proschüre sparen und brauchte nicht noch Del ins Feuer zu gießen.

Im „Grundstein“ findet sich (Nr. 19) folgende Notiz:

Eine mehr als merkwürdige Auffassung vom guten Ton in der Gewerkschaftspresse finden wir in einer Polemik, die der Redakteur der „Gewerkschaft“, Heinrich Bürger, gegen eine Proschüre des Steinzeigerverbandes richtet. In der Proschüre werden die Grenzstreitigkeiten des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit anderen Gewerkschaften behandelt, besonders wird die Zunft, Steinzeiger für die Organisation der Gemeindearbeiter zu liefern, scharf gerügt. Diese Angriffe auf ihre Verrechtigung zu prüfen und eventuell mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, ist selbstverständlich Pflicht der Organe des Gemeindearbeiterverbandes. Das zu tun, hat Bürger unternommen; er ist dabei aber zum Schluß in einen Ton verfallen, der gar nicht scharf genug gerügt werden kann. Bürger sagt gegen den Vorsitzenden des Steinzeigerverbandes Anoll:

„Den Gipfel der Ignoranz oder der Niedertracht — die Entscheidung was von beiden überwiegt, überlasse ich dem Leser — erreicht Anoll, indem er dann endet (eigentlich an seinen eigenen Verdrehungen verendend)“

Wenn es erlaubt ist, wollen wir den Wunsch ausdrücken, diese rüde Anrempelung möge keine weiteren Kreise ziehen.

Das Jitat des „Grundstein“ ist etwas unvollkommen. So wie es jetzt dasteht, sieht der beanspruchte Satz allerdings nicht sehr gut aus. Wenn aber der Nachsatz, nämlich die Anollischen Behauptungen von dem durch uns angeblich propagierten sozialpolitischen Fraktionssystem, dabei stände, würde sich das ganz anders lesen. Ich glaube nicht, daß unsere Genossen vom „Grundstein“, wenn sie, gleichviel von welcher Seite, eine gegen den Mainzer Verband gerichtete Proschüre Anollschen Kalibers zurückweisen sollten, sauer wie die Tauben bleiben. Ich weiß vielmehr, daß da auch eine sehr deutliche und gar nicht zimperliche Handchrift geschrieben werden kann. Wenn die „Grundstein“-Redaktion das ganze Material kennt, wird sie laum behaupten, daß ich den Ton verborgen habe.

Die „Christlichen“ deklarierten sich in ihren respektiven Organen an der „Grundstein“-Notiz und schickten aus dem Ton auf das verhältnismäßige Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Partei und „Gewerkschaft“ und bauen auf ihren papierernen Klautagen sonstigen Wohl mehr. — Die Schwarzen hoffen nach ihrer Art bei solchen Gelegenheiten im Frühen finden zu können. Diese Heuchler werden dabei natürlich keinen Erfolg haben. Heinrich Bürger.

Bei Abdruck meiner Verächtigung (Spalte 310 der „Gewerkschaft“) ist ein Fehler unterlaufen, durch den ein Satz in das Gegenteil verkehrt worden ist. Es muß in Zeile 3 uft. heißen: „wie es auch unwar ist . . .“, daß von den dortigen Pflasterern, welche dem Verbände der Gemeindebetriebsarbeiter angehört haben.“

D. Anoll.

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin I. Eine außerordentliche Gasarbeiterversammlung fand am 14. Mai im großen Saal der „Arminhallen“ statt. Gewerkschaftssekretär Rüntner hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die moderne Gewerkschaftsbewegung“, in dem er in lehrreicher und fesselnder Weise die Entwicklungsgeschichte derselben seinen Hörern vorführte. Auf eine Diskussion wurde verzichtet. — Die hierauf vorgenommene Wahl der Delegierten zur Mainzer Gasarbeiterkonferenz führte zu dem Resultat, daß zehn von den zum Verbandstag delegierten Kollegen — Ruch, Tittmer, Maszpahl, Volenske, Nemus, Schmidt, Tischen, Besolowski, Wugh und Jabel — und außerdem die Kollegen Fossedart, Oerigal und Frenzlou einstimmig nominiert wurden. — In den vom Präsidialvorstande eingebrachten Anträge auf Abänderung der Tagesordnung für die Gasarbeiterkonferenz mußte eine lebhafte Debatte an. Dieser Antrag erfuhr den Verbandsvorstand, diese Tagesordnung wie folgt festzustellen: 1. Die Gasbetriebsindustrie und ihre Arbeiter. 2. Unsere Forderungen. 3. Ausbau unserer Organisation: a) stammpfunds, b) Zunft bei Verbänden. Zweck, Maßregelungen usw. 4. Verschiedenes. Mollge Zählung brachte die Gelegenheit, um nochmals die Frage des stammpfunds aufzuwerfen; seine Ausführungen liefen siltentlich darauf hinaus, den als Beamte angestellten Kollegen zu verwehren, in der Diskussion über diese Sache ihre Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen. Mollge Zählung legte energische Bemerkungen ein gegen den Versuch, die beamteten Kollegen zu Mitgliedern weiter stände herabzudenken. Zum Schluß liegt eine in der vorigen Gasarbeiterversammlung beabsichtigte Resolution vor, durch welche diese Frage unangeführt ist. Im übrigen dreht es sich hier nur darum, ob die Tagesordnung für die Konferenz einer Abänderung bedarf. Der Präsidialvorstand, und mit

ihm die erweiterte Verwaltung, hält dies für nötig und schlägt deshalb die im Antrag enthaltene präzisere Fassung vor. Die Kollegen Gommann, Frenzlau, Memms und andere stimmen diesen Ausführungen rückhaltlos zu und empfehlen den Abänderungsvorschlag. Dieser wurde denn auch mit allen gegen 13 Stimmen angenommen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende, Kollege Masopust, die von zirka 200 Kollegen besuchte Versammlung.

Kiel. Die Kieler Gasarbeiter fordern für den Innenbetrieb den Achtstundentag, für den Außenbetrieb den Neunstundentag. Außerdem humane Behandlung von den Vorgesetzten.

Köpenick. Stärklich befaßten sich die Gasarbeiter Köpenicks mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Der Lohn ist hier, wo die Lebensmittelpreise fast noch teurer sind wie in Berlin, außerordentlich niedrig. Der Maschinist hat eine 12 stündige Dienstzeit, 10 Stunden werden ihm aber nur bezahlt, und zwar die Stunde mit 50 Pf. Von den Feuerhausarbeitern bekommen drei Mann 4,50, alle übrigen 4,25 M. Der Dienst beträgt 12 Stunden, hier besteht noch das Zweischichtensystem. Ein Maurer erhält 50 Pf. pro Stunde, dieser Kollege hat aber bereits eine sehr lange Dienstzeit hinter sich. Unter den Mohrlegern hat es ein Kollege auf 4,75 gebracht, während bei den anderen der Lohn zwischen 3,50 bis 4,50 schwankt. Gelfer 3 M. und 3,25, steigend bis 3,75 M. Sonntagsarbeit wird ohne Aufschlag bezahlt, die Dienstzeit ist an Sonn- und Wochentagen gleich lang. Als Hebelstand empfinden es die Mohrleger, daß sie keine Wechselmöglichkeit haben. Dagegen ist auch kein Raum vorhanden, wo die Kollegen ihr Krüßlied einnehmen können. Den Schlüssel zur Werkstätte hat der Vorarbeiter; wenn dieser fortgeht, zieht er den Schlüssel ab. So kommt es denn vor, daß die Arbeiter in Winterskälte oder im Regen im Freien stehend, ihr Krüßlied brot verzehren müssen. Auch wünschten diese Kollegen die Anschaffung von Spindeln, damit sie ihre Sachen nicht überall herumwerfen müssen. Auf dem Werk selbst fehlt ein Raum, der alle Arbeiter aufnehmen kann. Der zur Verfügung stehende Raum ist viel zu klein und sieht auch ziemlich unheimlich aus. Ferner wäre eine Badeeinrichtung sehr von Nutzen. Die vorhandenen Prausen können kein Bad ergeben. Es ist anzunehmen, daß der Stadtwertverwaltung nicht alle Dinge bekannt sind und daß es nur eines Aufschreies bedarf, um Änderung eintreten zu lassen. Eine Eingabe, in welcher manches gefordert wird, dürfte heftigsten den gewünschten Erfolg haben. Vor allem vermißt man in Köpenick noch all die sozialen Einrichtungen, die andere Städte ihren Arbeitern bereits gewährt, wie Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Anwesenheitsunterstützung, ein nach dem Dienstalter steigender Lohn usw. Doch wenn die Kollegen zielstrebiger vorgehen, werden sie auch das noch erreichen.

München. Am 11. Mai d. J. wurde im höchsten Gaswerk an der Dübenerbrücke für Retortenarbeiter probeweise die Achtstundentag eingeführt.

Aus unserer Bewegung.

Berlin XII (nördliche Mieselfelder). Eine sehr gut besuchte Versammlung fand am Sonntag, den 13. Mai in Kreuzow-Südholz statt. Kollege Wolenski referierte über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der städtischen Mieselfelder“. Im Laufe seiner Ausführungen kritisierte der Referent besonders das Verhalten der Stadtverordnetenmehrheit gegenüber dem Antrag auf Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung. Im zustimmenden Sinne äußerten sich in der anschließenden lebhaften Debatte die Kollegen Willen, Pohl, Kirsche u. a. Eine diesbezügliche Resolution nach Annahme und verknüpfen sich die Kollegen, sich möglichst zahlreich an der Preisverversammlung bei Kessler zu beteiligen. Differenzen, die infolge eines zeitweiligen Fehlens von Verbandsmaterialien, besonders von Marken, entstanden waren, fanden durch die Erklärung des Kassierers, Kollegen Kirsche, ihre Erledigung. Beschlossen wurde, in nächster Zeit für die Drainagearbeiter eine besondere Agitationsversammlung stattfinden zu lassen. Scharf kritisiert wurde, daß die Arbeiter der Administration Blankfelde und Falkenberg eine halbe Stunde längere Arbeitszeit haben, als die Arbeiter des Gutes Buch. Ebenso haben die Arbeiter der Administration Buch nur zwei Pferde zu besorgen, während die Arbeiter der Administration Blankfelde bei gleichen Löhnen drei Pferde zu füttern zu haben. Ein Antrag um Abhilfe, respektive um Gleichstellung mit den Arbeitern des Gutes Buch zu fordern, wurde bis zur nächsten Sektionsversammlung zurückgeschickt. Als Tag der Sektionsversammlung wurde Sonntag, der 10. Juni gewählt. Mit einem Hoch auf unsere Organisationen schloß die Versammlung.

Charlottenburg. Am 18. Mai tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Miedel aus Hamburg hatte hierzu das Referat übernommen. Mehrere erläuterte die Folgen einer langen Arbeitszeit, die gerade bei den Gasarbeitern so häufig zu beobachten sind. Allerdings Krankheiten, launenhaftes Verhalten der Atmungsorgane, sind infolgedessen sehr ausgebreitet. Ferner wies der Referent nach, wie die Stadtwertverwaltung ihr bestes Herz erst nach der ersten Gasarbeiterkonferenz entdeckt hatten. Vor der Konferenz waren nur acht Stühle vorhanden, die den Achtstundentag in ihren Betrieben eingeführt hatten. Nach der Konferenz kamen noch 14 ihnen Vorgesetzten, impromptu es den Höheren, welche Lohn- und Arbeitsverhältnisse

die dänischen Kollegen haben und wie die Stadt Luzern in der Schweiz für ihre Angestellten sorgt. In der Diskussion kritisierte man die Einführung, richtiger die Nicht-Einführung, des Achtstundentages in Charlottenburg. Die Stadtwertverwaltung hat ihn angenommen, die Direktion möchte ihn aber nicht gewähren. So denkt man denn immer wieder einen neuen Plan an, nach welchem den Arbeitern der Achtstundentag vorenthalten werden kann. Der eine dieser Pläne verdient hier wiedergegeben zu werden, um zu zeigen, wie es gemacht wird. 16 Stunden sollten die Leuten in Betrieb bleiben, dann wollte man sie 8 Stunden ruhen lassen. Innerhalb dieser 16 Stunden sollte aber dieselbe Arbeit geleistet werden, wie sonst in 24 Stunden. Und dies nennt man dann noch sozialen Fortschritt. Wir nehmen an, daß der Magistrat mit einem solchen Vorgehen sicher nicht einverstanden ist. Wir meinen der Magistrat hat ein Interesse daran, daß seine Beschlüsse loyal ausgeführt werden. Auch die Erdarbeiter sind sich zum Wort und wünschen, daß die Delegierten auf der Konferenz für sie eine Fange brechen möchten. Es sind dies die Arbeiter, von welchen seinerzeit Herr Direktor Wübel in der Deputation behauptet hat, sie seien nicht „ständig“, würden vielmehr im Frühjahr angenommen und im Herbst wieder entlassen. Dies trifft aber zu einem erheblichen Teil nicht zu. Im Gegenteil! Eine ganze Anzahl dieser Kollegen sind bereits Jahre lang bei der Stadt beschäftigt und es erscheint tatsächlich ungerath, diesen Kollegen mit einer solchen Begründung den Lohn niedriger zu halten als anderen Arbeitern. Beim zweiten Punkt erhaltete der Arbeiterauschuß Bericht über seine Sitzung. Allgemein war man überrascht, daß die Direktion einen solchen hartnäckigen Standpunkt bezüglich der Entlassung des Kollegen Schmidt einnehmen kann. Während einer 3-jährigen Dienstzeit ist dieser Kollege durch das eigene Verschulden der Betriebsbeamten krank geworden; er ist als gesunder Mensch in den Betrieb eingetreten, ist niemals krank gewesen bis er bei einem Mohrenbruch von den Beamten ohne Wasserhähnel ins Wasser zu geben kommandiert wurde. Hierbei zog sich Schmidt eine Augenentzündung zu, deren Folgen heute noch nicht vollständig wieder beseitigt sind. Anstatt ihn nun angemessen weiter zu beschäftigen, wird der Mann, der seine Gesundheit im Interesse des Betriebes geopfert hat, entlassen, weil er nach Ansicht der Direktion zu oft krank ist! Ja, man hat sogar den Mut, ihn als Simulanten hinzustellen. Nun hat aber Schmidt erst dieses Jahr eine nur durchgemachte und um zu gehenden, sich einem besonderen Arzt zugewandt, an den er 100 Mark nur Kosten bezahlt hat. Demel sollte selbst einen im Lebensjahr lebenden Beamten klar sein, daß ein Arbeiter bei seinem geringen Lohn nicht so mit den Klauen herumwerfen kann. Sprachs Wort und für den Arbeiter ein großes Wort, daß er aus seinen Nebenamt dankens nicht erort. Die Arbeiter behaupten aber, daß die Krankheit nur ein vorgeschobener Grund sei; denn warum wird dann der Vorarbeiter Winkler nicht entlassen, der noch viel mehr krank ist als Schmidt? Wie sieht es dann aber mit den sozialen Forderungen aus? Wenn der Arbeiter sich im Verlaufe ein Versehen zugezogen hat, daß die Direktion meint, der Arbeiter ist nicht mehr voll arbeitsfähig, dann ist er eben zu pessimieren. Eigentliches erweist uns auch die Entlassung mit Eintritt der Krankheit. Wenn man das etwa allgemein handhabt, so sieht die Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf dem Papier ganz schön aus, hat aber in der Praxis wenig Wert, wenn die Arbeiter bei Eintritt der Krankheit entlassen werden.

Schmidt betrachtet sich als gemäßigter; und wir werden hierzu noch besonders Stellung nehmen.

Magdeburg. Eine Versammlung der Sektion Gasanstalt tagte am 10. Mai bei Georg Winter, Magdeburger, 80. Um 7,9 Uhr eröffnete der Vorsitzende die sehr lebhaft besuchte Versammlung. Nach Verlesen der Tagesordnung wurde beschlossen, den 1. Punkt der Tagesordnung, die Delegiertenwahlen, als 2. Punkt zu setzen, um den noch später erscheinenden Kollegen Gelegenheit zu geben, an der Wahl teilzunehmen. Zum Bericht der Kommission (betr. Lohnneigabe und Antwort darauf) setzte Gleditsch es der Versammlung noch einmal auseinander, wie sehr sich der Magistrat sträubt, uns auch nur die bescheidensten Wünsche zu erfüllen und uns immer mehr mit leeren Versprechungen von einem Jahr zum anderen verströft. So haben wir auf die Eingabe vom August v. J. und dann die betreffende Forderungszulage vom November v. J. wohl eine kleine Zulage erhalten, die uns aber in keiner Weise befriedigen kann. Es erhalten die Eisenarbeiter, aber nur wenn sie als solche beschäftigt werden, pro Tag 20 Pf. Zulage. Die auf dem Hof beschäftigten Eisenarbeiter und alle anderen Handwerker und Arbeiter gingen leer aus.

So beschloß die letzte Sektionsversammlung im April d. J. dem Magistrat eine scharfe Resolution zu überreichen, was auch sofort geschah, jetzt hat sich der Magistrat doch genötigt gesehen, uns darauf zu antworten, und das gleich auf alle Eingaben mit derselben Ausrede, daß er erst die patrimonialen Erhebungen abwarten und dann die Lohnverhältnisse prüfen wolle. Das war eine Antwort, aber auch keine. Denn wir werden wohl noch lange warten können, bis wir was bekommen. Daran tragen aber die Kollegen die größte Schuld. Würden sie beständig in den Versammlungen erscheinen, so würde uns so etwas der Magistrat nicht bieten können.

Auch wurde von verschiedenen Kollegen angeführt, daß die Handwerker deshalb nicht in die Versammlung kommen, weil sie sich schämen, mit einem Arbeiter an einem Tisch

zu fügen. Mit ihrem Lohnverhältnis aber sind sie auch nicht zufrieden, denn das läßt noch viel zu wünschen übrig. Auch die Behandlung seitens ihres Meisters würde anders sein. Denn das übermäßige Antreiben bei der Arbeit und die Anrede mit Ihr und Euch würde ihm wohl bald abgewöhnt werden können, wenn die Herrn Handwerker genau ihre Sache mit den Arbeitern machten. Auf diese Weise kann nur eine Verbesserung erzielt werden. Bei der Delegiertenwahl wurden von 21 stimmberechtigten Kollegen 21 gültige Zettel abgegeben. Davon erhielt Kollege Kubay 15 und Kollege Goedde 6, mithin ist Kollege Kubay gewählt. Mehrere Kollegen tadelten dann in scharfen Worten die Nachlässigkeit, die in dem schlechten Versammlungsbefuch zu Tage trat und forderte zu einer besseren Agitation auf.

Schöneberg. Die städtischen Arbeiter Schönebergs beschäftigten sich in einer öffentlichen Versammlung am 13. Mai mit der Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses. Bereits im Juli v. J. richteten sie an die Stadtverwaltung eine Eingabe, auf welche eine Antwort bisher nicht erfolgt ist. Von einem Arbeiter-Ausschuß würden aber auch die einzelnen Meisters genau soviel Vorteile haben, wie die Arbeiter selbst. Sind doch in der letzten Zeit wiederholt kleine Eingaben über Dinge gemacht worden, die durch einen Ausschuß leicht zu regeln waren. Ehe aber eine Eingabe zustande kommt, entsteht viel mehr böses Blut unter den Arbeitern, als wenn sie den Ausschuß mit der Regelung beauftragen. In der Diskussion ergriff unter anderen der Stadtverordnete Küller das Wort. Nach dessen Ausführungen soll die Errichtung eines Ausschusses beschloffen sein. Man habe sich nur erst von einer Reihe Stadtverwaltungen die Reglements schiden lassen, um an der Hand dieser für Schöneberg Bestimmungen zu schaffen. Hoffentlich sieht man sich nicht die für die Arbeiter nachteiligen heraus. Unsere Mitglieder, wie die Kollegen des Kreisvereins waren sich einig, daß man die Arbeiter wenigstens von dem Erfolge der Mißerfolge ihrer Eingabe hätte benachrichtigen müssen. Folgende Resolution fand dann einstimmige Annahme:

Die heute am 13. Mai bei Herrn Lüth verammelten städtischen Arbeiter Schönebergs erklären ihr volles Einverständnis zu den Ausführungen des Referenten. Sie bedauern lebhaft, daß die Stadtverwaltung die Bitte der Arbeiter, einen Arbeiterauschuß zu errichten, nicht erfüllt hat. Zwar haben sie in der heutigen Versammlung von dem Stadtverordneten Küller gehört, daß ein solcher errichtet werden soll, doch ist ihnen ein Bescheid hierüber von Seiten der Stadtverwaltung nicht zugegangen. Die Arbeiter hoffen, daß sie möglichst bald von dem Erfolge ihrer Eingabe in Kenntnis gesetzt werden. Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, diese Resolution dem Magistrat und den Stadtverordneten anzustellen.

Den Kollegen einlehen wir aber, bei künftigen Versammlungen pünktlicher zu erscheinen. Um 11 Uhr war die Versammlung angeleitet und um 12 Uhr konnte sie erst beendet werden. Kurz nach 11 Uhr erließen ein Stadtverordneter der bürgerlichen Parteien, dem allerdings die Zeit zu lang werden mußte und der deshalb noch vor Eröffnung weging. Dies trägt aber durchaus nicht dazu bei, das Ansehen der Kollegen zu erhöhen.

Rus den Gemeinden.

Leipzig. Ruhestandsunterstützungen an städtische Arbeiter. Auf Grund der im November 1904 gefassten Beschlüsse beider städtischen Kollegien werden städtischen Arbeitern im Falle der Invalidität Ruhestandsunterstützungen gewährt, ebenso Witwen und Waisen von solchen Arbeitern. Vorbedingung ist, daß die betreffenden Arbeiter 10 Jahre lang ununterbrochen in städtischen Diensten gestanden haben. Wie der Rat nun den Stadtverordneten mitteilt, sind in der Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 an 6 Arbeiter der städtischen Betriebe Ruhestandsunterstützungen gewährt worden. Von diesen starben im Laufe des bezeichneten Zeitraumes 3. Keiner münden an 9 Witwen, von denen vier im ganzen 11 Kinder haben, ebenfalls Unterstützungen gezahlt. Daß es sich dabei bei mandmal um Unterstützungen handelt, die voraussichtlich auf lange Jahre zu zahlen sein werden, geht daraus hervor, daß in einem Falle die Witwe eines im 40. Lebensjahre verstorbenen Arbeiters 5 Kinder hat, von denen das älteste 8 Jahre, das jüngste 1 Jahr alt ist. Die Unterstützungen die sich für Waisen auf 20 Proz. der Witwenrenten belaufen, sind bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres zu zahlen.

Rus den Stadtparlamenten.

Berlin. Von einer „Ausweitung“ durch den Oberbürgermeister erzählt man sich in den Kreisen der städtischen Beamten nachsichende, wohlüberlegte Gesetze. Eine katastrophale städtischer Beamten, denen auch diesmal wieder keine Gehaltsaufbesserung bewilligt werden war, beantragte bei Kollegen damit, ihre Forderungen einmündigen Mitglieder des Gemeinderates zu unterbreiten. Die Delegierten trafen das nachfolgende nicht zu Gunsten und wollten es, da die Zeit drängte, im Rathaus anbringen. Sie hatten aber die Rechnung ohne Oberbürgermeister gemacht.

Er stand plötzlich in der Garderobe vor ihnen und sagte, als er von ihrem Begehren Kenntnis erhielt, wörtlich: „Die Herren vom Ausschusse haben sich beschwert, daß sie durch Sie belästigt werden. Ich veranlasse Sie, sofort das Rathaus zu verlassen.“ Die „Berliner Beamten-Zeitung“, der wir diese Mitteilung entnehmen, bemerkt dazu: „Zum mindesten hätte der Herr Oberbürgermeister sich nicht dazu verleiten lassen sollen, Herren, die als städtische Bürger und städtische Beamte ein gutes Recht darauf haben, in persönlichen Angelegenheiten im Rathaus zu weilen, in so schroffer Weise hinauszuweisen. So sollte der erste Beamte der Stadt auch nach geordneten Beamten gegenüber nicht handeln.“

Düsseldorf. Auf Grund eines Stadtverordnetenbeschlusses soll fortan den in städtische Dienste eintretenden Arbeitern, soweit sie nicht 30 Jahre alt und unverheiratet sind, ein gewisser Teil vom Lohn abgehalten und bis zum 35. Jahre bei der Sparkasse zinsbringend angelegt werden. Es ist dabei auf die Stadt Frankfurt am Main hingewiesen worden, woselbst sich dieses System ausgezeichnet bewährt habe. Für die bereits in städtischen Diensten befindlichen Arbeiter sollte das System nur mit deren Einwilligung Geltung haben. Nach einer vorgenommenen Mundfrage hat sich indes von diesen nur ein kleinster Bruchteil für einen solchen Sparzwang ausgesprochen.

Hannover. Die städtischen Kollegien bewilligten eine Summe von 37.500 M., die jährlich zur Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter verwandt werden soll. Alle städtischen Arbeiter erhalten danach eine Erhöhung ihres Lohnes von täglich 20 Pf.

Kiel. Aus der Schule geplaudert. Augenblicklich wird wieder die Frage der Einführung der altpreussischen Städteordnung mit ihrer Dreiklassenwahl in Schleswig-Holstein lebhaft diskutiert. Es ist besonders das liberale Bürgertum der großen Städte, das sich gegen die Einführung der Dreiklassenwahl wendet. In liberalen Zeitungen und liberalen Bürger- und Kommunalvereinen erbt sich ein färscherliches Geschwätz, daß die Schleswig-Holsteinische Städteordnung des Schleswig-Holsteinern erhalten bleiben müsse, weil sie eine so ausgezeichnete Selbstverwaltung der Städte garantiere. Besonders wird darauf hingewiesen, daß es in Schleswig-Holstein den Bürgern vergönnt sei, die Magistratspersonen selbst zu wählen, während in den altpreussischen Kommunen das die Stadtverordnetenversammlung mache. In Wahrheit sind es ganz andere Gründe, die das liberale Bürgertum der größeren Städte für die Beibehaltung der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung hat. Ein Kommunalverein in Altona war so unwürdig, es anzuplaudern. In seiner Versammlung beschloß er folgende Resolution: „Die Vereinsleitung stellt dem Magistrat die beabsichtigte Aenderung der Städteordnung für Schleswig-Holstein den Antrag, die Versammlung möge die Vereinsleitung beauftragen, in einer Eingabe an die städtischen Kollegien zu Altona unter genauer Angabe der Gründe, die zur Zeit gegen eine Aenderung obiger Städteordnung sprechen, und namentlich unter Veranschaulichung des Punktes, daß durch eine einzuführende Klassenwahl diejenige politische Partei, gegen welche eine solche Aenderung gerichtet ist, dann sofort in den städtischen Kollegien erscheinen würde, den Wunsch zu unterbreiten, daß die Abgeordneten Altonas auf dem Schleswig-Holsteinischen Städtetag gegen jede Aenderung des Wahlrechts auftreten. Die Versammlung erblickt in der beabsichtigten Aenderung eine durch nichts begründete Beschränkung des bestehenden Wahlrechts der Bürgerschaft, welche in der ganzen Art der beabsichtigten Aenderung zur Erhaltung der friedlichen Verfassung in den städtischen Körperlichkeiten nicht beitragen kann, sondern durch die dann gereizten politischen Parteien in dem Stadtparlament nur zur Verschärfung der Gegensätze Veranlassung geben würde, was im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Großstädte, ohne politische Parteien in der Verwaltung derselben aufs schärfste zu verurteilen wäre.“ — Man beachte die fettgedruckten Sätze. Dem großen Publikum schwindeln die liberalen Kommunalpolitiker vor, sie treten für die Schleswig-Holsteinische Städteordnung wegen der größeren Selbstverwaltungsrechte der Bürger ein, in Wirklichkeit würden sie ihre Erhaltung, weil sie ein viel kaltneres Klassenwahlrecht enthält als das altpreussische Dreiklassenwahlrecht. In Schleswig-Holstein gibt die große Städteordnung den Kommunen das Recht, die untere Grenze für die Wahlberechtigung an ein Einkommen von 1200-1500 M. zu knüpfen, so daß die untersten Volksschichten, besonders die Arbeiter, grundsätzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. In Alt Preußen werden die Wähler in drei Klassen geteilt, von denen jede gleichviel Vertreter wählt. Hier ist es also im günstigsten Falle möglich, daß die Sozialdemokratie die gesamten Ziele der 3. Klasse, also ein Drittel der Stadtverordneten wählen kann. — Wenn es dem liberalen Bürgertum mit der Selbstverwaltung wirklich ernst ist, möge es in den Kommunen für Herabsetzung des Wahlrechts eintreten und in der Öffentlichkeit und in Landtage für die Einführung des allgemeinen, direkten und direkten Kommunalwahlrechts wirken. Das tut das liberale Bürgertum aber nicht. Es verheißt unter Selbstverwaltung immer um die Selbstverwaltung der Beamten.

Münster. Den Hundstodentag, der in den hiesigen Betrieben bereits bereits durchzuführen ist, erlassen die Arbeiter, die in den Betrieben der Stadt Münster beschäftigt sind. In einer Beschlusse der Arbeiter einer Anzahl hiesiger Betriebe wurde eine Resolution angenommen, in der die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit gefordert wird. Diese Resolution wurde den in Frage

Kommenden Arbeiterausschüssen übergeben, die sie an den Magistrat weitergaben. Der Magistrat lehnte aber die Forderung rundweg ab, ohne auf den Inhalt der Eingabe näher einzugehen, weil er den Versammlungen der städtischen Arbeiter nicht das Recht zugeschieben will, den Arbeiterausschüsse Aufträge zu erteilen. Damit haben die freisinnigen Stadtväter Nürnbergs nur wieder aufs neue bewiesen, daß sie die Arbeiterausschüsse, auf die sie sich soviel zugute tun, nur deshalb errichtet haben, um das Koalitionsrecht der Arbeiter auszuhalten. Wo sollen denn die Arbeiter sonst ihre Wünsche formulieren, als in Versammlungen? (Echt freisinnige Stadtväter.)

Würzburg. Am Gemeindefolgeium hatte der Gemeindebevollmächtigte Genosse Wüchlein beantragt, aus den Erübrigungen des Jahres 1904: 25.000 Mk. zur Auszahlung einer Feuerungszulage an die städtischen Arbeiter und Bediensteten zu verwenden. Ferner hatte der Magistratsrat Genosse Eberhard beantragt, den städtischen Arbeitern die in die Woche fallenden Feiertage zu bezahlen. Beide Anträge wurden abgelehnt mit Rücksicht auf die für das Privatgewerbe daraus erwachsenden Konsequenzen und auf die finanzielle Lage der Stadt. Eine richtige Kapitalistenvertretung.

Vermischtes.

Gemeindebeamten vor 100 Jahren. In der „Tübinger Chronik“ lesen wir: Gemeindebeamten auf dem Lande wie z. B. Polizeidiener, Nachtwächter, Schul- und Müchendiener werden auch heute noch nicht glänzend besoldet; vor 100 Jahren dagegen war ihre Besoldung, auch wenn man den damaligen höheren Geldwert in Anschlag bringt, sehr unzulänglich, wie folgende Mitteilungen ergeben. Im Jahre 1806 beschloß ein heute rheinbeisischer Stanton, daß in allen Gemeinden Tagwächter angestellt werden sollten, hauptsächlich mit der Verpflichtung, fremde Bettelente auszuweisen. Daraufhin sagte der Municipalrat einer Gemeinde dieses Kantons folgenden Beschluß: „Der Christian Reumann soll der ständige Tagwächter sein und soll, mit einem Spieß ausgerüstet, tagtäglich die Tagwacht versehen und soll für diesen Dienst per Tag sieben Kreuzer erhalten.“ Ein Tagwächter genügte jedoch nicht, um die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten. Darum erdnete der Präsekt des Departements Teunersberg an, daß in jeder Mairie eine Sickerheitsgarde, bestehend aus Bürgern, redlichem Charakter und in guten Vermögensumständen, organisiert werde. Man nahm deshalb begüterte Leute, weil man von ihnen voraussetzte, daß ihnen besonders daran gelegen sei, Mäuler aufzuwachen und zu verurteilen“ und dadurch den eigenen Herd vor Vandalen und Mauthgenossen zu sichern. Diese Männer waren verpflichtet, mit Gewehren bewaffnet, auf Befehl des Maire im Parkirende der Mairie Streifzüge zu unternehmen, die Gendarmen bei Feuererrenten zu unterstützen, verdächtige Fremde zu verhören, nach den Häusern zu fragen und, wenn es geboten erschien, zu verhaften. Sie bildeten ein besonderes Korps und wählten sich selbst einen Korporal. In den Gemeindebeamten gehörte auch der Schneeschicht. Ihm war die Verhütung auferlegt, in der guten Jahreszeit die Schweine auszutreiben. Dafür bekam er 12 Malter Korn, halb Stern, halb Gerste, die er sich selbst bei den einzelnen Bürgern einammeln durfte. Streng war ihm anbefohlen, dafür zu sorgen, daß seine Pflagebefehlshen keinen Felderweil verüben; auch hielt man es nicht für überflüssig, ihn selbst zu warnen, auf dem Felde Obst und Kühle anzuleiten. Der Nachtwächter wurde angewiesen, nicht nur die Stunden richtig zu klafen, sondern sich auch in der Privatzeit in den Straßen, besonders in den Nebengassen sehen zu lassen und bei der Entdeckung von „Tischresten“ sogleich Lärm zu machen. Auch sein Leben bestand in Naturalien. Die- selbe Gemeinde stellte 1817 einen Polizeiergeanten an. Ihm wurde Verkleidetheit im Amte „bestens empfohlen“. Gegen jeden Bürger, mit dem er amtlich zu tun hatte, hatt er sich „ziemlich und ordentlich“ zu betragen, jeden Tag mußte er dreimal auf der Bürgermeisterei erscheinen und bekam für seine Dienste jährlich 18 fl. 40 Kr., ein Voe Holz aus dem Gemeinewald und ein Paar neue Schuhe. Wir wollen hinzufügen, daß es die aus Grundbesitzern bestehende Bürgerpolizei — allerdings nur für die Feldhut — in der Nordpfalz, also in der Gegend des Donnerberges, auch heute noch gibt.

Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schide es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene.
3. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen. Schreibe nur, was wahr ist und eventuell vor Gericht durch Eid und Zeugen bewiesen werden kann.
4. Nennere dir stets die Adressen deiner Gewerksmänner.
5. Sei klar, schreibe nicht mit Meißel, sondern mit Tinte und leiblich, besonders Namen und Jähren; setze mehr Punkte als komma.
6. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.

7. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben. Dann kürze auch keine Worte ab, und wenn du das kleine Wörtchen „und“ schreiben willst, so schreibe es auch aus und mache vor allen Dingen kein &-Zeichen.

8. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerhacken und an die Zeyer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.

9. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen und wandern in den Papierkorb!

10. Frankiere die Briefe laut postalischer Vorschrift, und zwar bis zum Gewicht von 20 Gramm mit 10 Pf., darüber mit 20 Pf. Im Ortsverkehr mit 5 Pf. bis 250 Gramm.

Die Redaktion.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

<p>Oethles Kicken, Hamburg † 6. Mai 1906 im Alter von 55 Jahren.</p>	<p>Ludwig Haybach, Mannheim † 13. Mai 1906 im Alter von 54 Jahren.</p>
---	---

Ehre ihrem Andenken!

Unserem Kollegen
Friedrich Stoll
nebst Frau
zu ihrem am 12. Mai statt-
gehabenen **Dochzeit** die herzlichste
nachträglich die besten Glück-
wünsche.

Die Mitglieder der Filiale
Heidelberg.

Unserem Kollegen
H. Wensing
nebst Frau
zu ihrer am 13. Mai statt-
gehabenen **silbernen Doch-
zeit** nachträglich die herz-
lichsten Glückwünsche.

Die Betriebskollegen
von Hannover.

Achtung! Achtung!
Sektion Lichtenberg-Berlin!

Laut Versammlungsbeschl. findet
am Sonntag, den 27. Mai d. J.
der Vorst. der Ausstellung für
Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen
zu Charlottenburg statt.
Sammeluhr: Verbandslokal von
Emil Wittenbagen, Schwandener-
straße 69, mittags 12 Uhr präzise.
Die Sektionsleitung.

Achtung!
Mitglieder Dresdens

Vorstand des Verbandes,
das ist in der Zeit vom 26. Mai
bis 2. Juni, ist das Orts-Bureau,
Nützenbergstr. 2 III, nur abends von
17 Uhr ab zur Erledigung Dringender
Angelegenheiten geöffnet.
Die Auszahlung von Kranken-
geld erfolgt freitags und Sonn-
abends ebenfalls von 17 Uhr ab.
Wir bitten unsere Mitglieder
dies zu beachten.
Die Orts-Verwaltung.

**Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungs-Verein
„Solidarität“**

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Gastpflicht.

Alle Mitglieder und Interessenten der Genossenschaft werden
erleicht. **am Sonntag, den 10. Juni 1906, vormittags 10 Uhr**, sich zu
einer wichtigen Vorbesprechung für die darauf stattfindende General-
versammlung im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Zimmer 2, ein-
zufinden.

**Am 10. Juni 1906, vormittags 11 Uhr, findet die
General-Versammlung**

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, statt.

- Tagessordnung: 1. Berichterstattung des Aufsichtsrates.
2. Geschäftsbericht und Bilanz pro 1905. 3. Bericht des Genossen-
schaftsleiters. 4. Vorstandswahlen. 5. Änderung des Statuts.
6. Eventuelle Auflösung der Genossenschaft und Übertritt der Mit-
glieder zu einer anderen Genossenschaft.

Der Vorstand.
Bruno Paerisch, 1. V. V. Bürger.

Verlag: Die Verrentung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben Beschäftigten Arbeiter und Unter Angehörigen G. Reumann, Verlagsanstalt, Berlin; G. Bürger, Leide, Berlin W. 30, Wilmersdorferstr. 24. — Druck: Verlagsanstalt Engel & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69